

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
23. Oktober 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunbef), Wilhelmshöhe,
Post Fegerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Dringende Aufgabe. — Johanna Greis-Cramer. — Aus der Geschichte der menschlichen Unwissenheit. II. Von B. Sommer. — Babels Lebenserinnerungen. (Fortsetzung.) — Die vierte Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht. Von a. n. — Die proletarische Frauenbewegung im Geschäftsjahr 1910/11.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Die Beteiligung der Düsseldorfener Genossinnen am Wahlkampf. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerblichkeits Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Dringende Aufgabe.

„In meinem Reiche hat jeder Arbeiter eine gute und gesicherte Existenz bis ins hohe Lebensalter.“ So sagte vor einigen Jahren in Breslau der nämliche Kaiser, der zur Zeit von Caprivis Kanzlerschaft den agrarischen Wunsch nach höheren Getreidezöllen mit dem Worte abwies: „Sie können mir nicht zumuten, Brotwucher zu treiben.“ Es sind andere Zeiten gekommen. Seit 1906 haben sich die Wirkungen des Zolltarifgesetzes von 1902 in ihrer ganzen Schwere fühlbar gemacht. Nicht bloß für Brot, Mehl, mehlhaltige Nahrungsmittel, sondern für die meisten und unentbehrlichsten Gegenstände des Lebensbedarfs sind die Preise infolge der festgesetzten Einfuhrabgaben bedeutend gestiegen. Und was damals noch nicht künstlich verteuert worden ist, das hat 1909 der gemeingefährliche Schwindel der Finanzreform durch indirekte Steuern und Zoll erhöhungen im Preise gesteigert.

Wie dieser Stand der Dinge auf die Ausgaben der Arbeiterfamilie zurückwirkt, dafür ein Beispiel. Wenn man die Preisnotierungen bei der Konsumanstalt Krupp-Essen festhält, so ergibt sich, daß von 1907 bis 1910 der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie von 19,58 Mk. auf 21,27 Mk. gestiegen ist. Der Verbrauch der Familie ist dabei gleich der von drei deutschen Marinesoldaten gerechnet worden. Der Verteuerung des wöchentlichen Nahrungsbedarfs um 1,69 Mk. oder um 8,63 Prozent steht aber nur eine Lohnsteigerung um 0,16 Mk. oder rund 3 Prozent gegenüber. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Konsumanstalt Krupp die Aufgabe hat, den Arbeitern der Firma die wichtigsten Lebensmittel zu möglichst billigen Preisen zu liefern. Im Essener Kleinhandel stellte sich 1910 die Ausgabe für den oben angegebenen Nahrungsbedarf auf rund 24,58 Mk., also um 3,31 Mk. höher. Die Preise haben aber seit 1910 stetig und immer schärfer angezogen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß ein starker und wachsender Abstand zwischen dem Verdienst, dem Einkommen der werktätigen Massen und den Kosten der Lebenshaltung besteht. Was ist die Folge davon, was muß sie sein? Die Proletarierin kann diese Frage rasch aus der eigenen bitteren Erfahrung heraus beantworten. Schmäler Verdienst und Teuerungspreise im Runde steigern die Sorge um das menschenwürdige, anständige Auskommen. Sie zwingen zu einer Verschlechterung

der Lebenshaltung, wie sie am greifbarsten in der Abnahme des Fleischverbrauchs zum Ausdruck kommt. Im ersten Quartal des laufenden Jahres ist der Fleischkonsum des deutschen Volkes gegen das erste Vierteljahr von 1910 im Durchschnitt pro Person von 10,14 Kilogramm auf 9,99 Kilogramm gesunken. Diese Zahl läßt die Fleischnot der Massen ahnen, aber sie deckt sie bei weitem nicht auf. Denn der Fleischverzehr der Arbeiterklasse steht jederzeit tief unter dem Durchschnitt des allgemeinen Verbrauchs.

Nach der Schlachtungseinfuhr- und -ausfuhrstatistik betrug der Fleischkonsum der deutschen Bevölkerung 1907 pro Kopf durchschnittlich 52,93 Kilogramm. Was aber wiesen die Haushaltungsbücher von 150 proletarischen Familien aus, die das Statistische Amt des Reiches bearbeitet hat? Daß in diesen 150 Familien 1907 im Durchschnitt pro Person wenig über die Hälfte des allgemeinen Durchschnittskonsums an Fleisch gegessen worden ist, nämlich nur 27,5 Kilogramm. Und die betreffenden Familien gehörten durchaus nicht zu den Armsten ihrer Klasse. Ganz im Gegenteil: nur vier von ihnen befanden sich mit einem Einkommen von 900 bis 1200 Mk. an der Hungergrenze, 146 aber erhoben sich mit einem solchen von 1200 bis 3000 Mk. hoch über die Existenzbedingungen der breitesten Massen. Und auch das noch muß bei der richtigen Wertung des durchschnittlichen Fleischverbrauchs der 150 Familien berücksichtigt werden: kein außergewöhnlicher „Kindersegen“ verschlechterte die Lage, auf die Haushaltung entfielen im Durchschnitt nur 4,76 Köpfe, wenig mehr, als der Durchschnitt im Reiche mit 4,70 beträgt. In dem lächerlich geringen Quantum Fleisch, das die deutsche Arbeiterfamilie sich zu gönnen vermag, kommen nicht bloß die hohen Vieh- und Fleischpreise zum Ausdruck, sondern die künstlich verteuerten Kosten der Lebenshaltung überhaupt. Gleichzeitig aber lenkt es den Blick auf die andere Seite der Medaille, und da steht mit Tränen und Blut geschrieben: chronische Unterernährung des werktätigen Volkes.

In der Tat: die künstliche Verteuerung des Lebensbedarfs durch Zölle, indirekte Steuern, Einfuhrscheine, Liebesgaben und die Preistreiberie großer kapitalistischer Organisationen ist nichts als ein verbrecherischer Mundraub an den Massen der Arbeiter und Kleinen Leute. Ein Mundraub, der notwendigerweise auch ein Raub an Lebensfreude und Gesundheit ist. Wenn die Aufwendungen für die Notdurft der nackten Existenz Heller und Pfennig des Verdienstes verschlingen, bleibt nichts übrig, „um die trockene Kruste des Alltags auch einmal in den Wein der Freude zu tauchen“, Sorgen und Nöte werfen schließlich auch über das heiterste Gemüt ihre finsternen Schatten. Und sitzen Entbehrungen als ständige Gäste am Tische der Männer und Frauen, die unter der Peitsche der kapitalistischen Ausbeutung ihre Kräfte bis zum äußersten anspannen, so muß die Gesundheit rasch zermürbt werden. Es ist eine alte Tatsache, von der Wissenschaft unwiderleglich mit Ziffern bekräftigt, daß in Teuerungszeiten die Kränklichkeit und Sterblichkeit steigt, daß Hungerjahre auch Seuchenjahre sind. Und wenn aus den aufgezogenen Dingen den proletarischen Frauen Leiden über Leiden ins kummervolle Antlitz starren, so dürfen sie als Mütter dabei eins nicht vergessen: es sind ihre Kinder, die hilflosesten, die

sonnenscheinbedürftigsten aller Gesellschaftsglieder, die am härtesten an Leib und Seele durch die Entbehrungen getroffen werden, denen am ersten Siechtum und Tod drohen. Das furchtbare Wort, mit dem Engels in seiner „Lage der arbeitenden Klassen in England“ die kapitalistische Ordnung richtete, ist daher für uns heute lebendige Wahrheit wie je. Mit der Sozialdemokratie zusammen muß es die Proletarierin den Ausbeutenden und Herrschenden entgegenschleudern: „Ich klage die bürgerliche Gesellschaft des Mordes an.“

„In meinem Reiche hat jeder Arbeiter eine gute und gesicherte Existenz bis in sein hohes Lebensalter.“ Hören wir es nicht so? Doch siehe! Hunderttausende hungern, Millionen darben, und weitere Millionen zittern vor dem Tage, wo sich, ihrem Schatten gleich, Sorge und Hunger auch an ihre Ferse heften werden. Eine lehrreiche Illustration das zu dem Singesang, mit dem vor wenigen Jahren Marx' angeblich erschlagene „Bevelendungstheorie“ zu Grabe getragen werden sollte. Ins Bewußtsein der Massen aber muß sich angesichts der steigenden Flut ihres Glanzes eine bedeutsame Tatsache eingraben. Wieder und wieder hat der Hunger wie ein grimmer Wolf seine Zähne in ihr Fleisch geschlagen, wenn eine Krise das Wirtschaftsleben gelähmt daniederwarf, wenn das Stocken von Handel und Wandel Arbeitslose, Brotlose, Obdachlose schuf. Heute aber entbehren und hungern große Scharen der Werttätigen weit über das gewöhnliche Maß der proletarischen Klassenlage hinaus, obgleich wir im allgemeinen — von bestimmten Produktionszweigen abgesehen — in einer Zeit wirtschaftlichen Aufschwunges stehen, obgleich Beschäftigung und, wie behauptet wird, damit auch genügend Verdienst und Brot für die Nichtbesitzenden da ist, „für alle, die nur arbeiten wollen“, wie die Ruznießer und Verteidiger unserer „göttlichen Weltordnung“ sich auszudrücken belieben. Arbeit also, vielleicht sogar Überarbeit, und trotzdem ein Hängen und Würgen im täglichen Kampfe ums Dasein, ein Verzichtemüssen auf das Notwendigste! Kein Zweifel: die besitzende und herrschende Minderheit hat die Ausplünderung der erdrückenden Mehrzahl des Volkes gesteigert und verschärft. Von dem Durst nach Golde, nach Macht geblendet, verliert sie in steigendem Maße die Fähigkeit und den Willen, den Ausgebeuteten auch nur ihre Existenz als Lohnsklaven erträglich zu gestalten.

Denk — auch das muß scharf im Auge behalten werden — die Teuerungspreise werden keine „vorübergehende Erscheinung“ sein. Mögen auch die oder jene Gegenstände zeitweilig wieder etwas verbilligt werden, als Ganzes gefaßt wird die Verteuerung der Lebenshaltung bleiben, ja sogar noch zunehmen. Betreffs der Preise für Fleisch und Fleischwaren haben das bei der Beratung der letzten Interpellation über die Fleishteuerung im Reichstag Vorkämpfer des Vieh- und Getreidewuchers unverblümt ausgesprochen. Erklärten sie nicht brutal und zynisch — und ein Minister pflichtete ihnen bei —, die Verbraucher müßten sich künftighin mit höheren Preisen abfinden! Wer aber kann glauben, daß es in puncto der Preissteigerung die Industriellen und Händler nicht mit dem Wort halten würden: Was den Agrariern recht ist, das ist uns billig? Die bürgerliche Gesellschaft dieser Zeit, dieses Reifegrades der kapitalistischen Entwicklung kann nicht das Kanaan sein, darinnen für das Proletariat die Milch und der Honig billiger Lebenshaltung fließt.

Daher auch eine dritte charakteristische Erscheinung. Nicht bloß das deutsche Proletariat krümmt seinen Rücken unter den Geißelhieben der Teuerungspreise. In Osterreich und Frankreich, in Belgien, Italien und Spanien, ja geradezu in allen kapitalistischen Staaten haben die Kosten der Lebenshaltung für die werktätige Bevölkerung eine unerschwingliche Höhe erreicht. Da und dort hat der Hunger seine Opfer zu Revolten aufgepeitscht, haben die Bewahrer der bürgerlichen Ordnung den Schrei nach Brot mit blauen Bohnen gestillt. Sogar in Großbritannien, dem klassischen Lande des Freihandels und der billigen Lebensmittelpreise, hat die Rückwirkung der Preis erhöhungen auf dem Weltmarkt im Bunde mit dem Imperialismus zu einer Verteuerung des Existenzbedarfes der Arbeiterklasse geführt, und diese Verteuerung erscheint als die letzte und

stärkste treibende Kraft der imposanten, weittragenden Massenbewegungen der letzten Monate jenseits des Armeemeeres.

Es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, der bürgerlichen Gesellschaft, daß die Besitzenden und Herrschenden ihre Macht brauchen und mißbrauchen, um die ausgebeuteten Schöpfer ihres Reichtums auch als Verbraucher auszunutzen, und das rücksichtslos bis zum Verbluten. Die „brüderliche Solidarität“ der großen Ausbeuter führt zur Verständigung, zur festen Organisation mit dem ausgesprochenen Ziel, die Preise systematisch zu steigern. Die „Hungerverträge“ der reichen Getreide- und Weinhändler, der Aufkäufer und Agenten am Vorabend der französischen Revolution haben in den Unternehmerringen und Kartellen eine fröhliche Urständ gefeiert. Die berücksichtigten mittelalterlichen „Zehnten“ des Adels und der Geißlichkeit werden durch die Schröpfung der Massen mittels Zölle und Steuern bei weitem übertrumpft, die den sechsten und unter Umständen einen noch größeren Betrag vom Lebensaufwand der Armen und Armsten erheben. Diese sinnreichen „Erfindungen“ der Staatskunst der Besitzenden, um die Staatslasten auf die Schultern der breiten Massen zu wälzen und denen, die im Reichtum sitzen, fette Gewinne zuzuschlagen, verteuern den Lebensbedarf des deutschen Volkes jährlich um fast 4 Milliarden, nämlich rund um 1890 Millionen, die in die Reichskasse fließen, und um weitere 1900 Millionen, die in der Hauptsache Agrarier, Großindustrielle und Großkaufleute einfädeln. Als siegreicher „Erbfeind“ nahm Deutschland nach dem Kriege mit Frankreich diesem einmal 4 Milliarden Mark ab. Die herrschenden „Volksgenossen“ auferlegen den Brüdern im Reiche einen jährlichen Tribut von dieser märchenhaften Höhe. Für das Proletariat steht der Feind mitten im Lande. Die Plünderung der Massen aber und damit ihre Not muß noch mehr auf die Spitze getrieben werden durch den Rüstungswahnsinn, den die Natur der kapitalistischen Ordnung und ihre Entwicklung mit Naturnotwendigkeit zeugt, und der sich zusammen mit ihrem anderen legitimen Kinde, dem Imperialismus, immer unheilvoller auswächst. Von 1873 bis jetzt hat er in Deutschland 28 Milliarden verpulvert und ins Wasser geworfen! Die Politik des Marokkohaunders aber mit ihren Konsequenzen in Frieden und Krieg wird der unerträglichen Rüstungslast des deutschen Volkes noch weitere ungezählte Millionen hinzufügen. Fürwahr: gar herrlich bewahren sich die steigenden Tugenden der besitzenden Klassen, die nach freundlichen Prophezeiungen dem Proletariat ein gemütlisches „Hineinwachsen in den Zukunftsstaat“ erleichtern sollten: ihre Ethik, ihr Gerechtigkeitsfönn, ihre Einsicht, ihre Friedensliebe und andere gepriesene Eigenschaften mehr.

Aug in Auge mit dem aufgezeigten Stande der Dinge und mit ihrer sich verschärfenden Entwicklung wäre es ein Wahnsinn, gepaart mit einem Verbrechen, wollten die Männer und Frauen der Arbeiterklasse, die Hände im Schoß gekreuzt, ihre Ausplünderung ruhig geschehen lassen. Ihr Lebensinteresse verlangt, daß sie den Kampf dagegen auf der ganzen Linie führen. Stehen nicht zwei starke, brüderliche Mächte gegen die Raubgier der Besitzenden im Felde, einander unterstützend, zusammenwirkend, um der Auswucherung der proletarischen Massen, um ihrer Hungersnot zu wehren? Für höhere Entlohnung der Ausgebeuteten sehen die Gewerkschaften ihre ganze Kraft ein; für soziale Reformen, für die Beseitigung aller Maßregeln und Einrichtungen, welche den Lebensbedarf des Volkes der schwielenharten Hände und der abgemahlten Hirne verteuern, ringt die Sozialdemokratie Brust an Brust mit den bürgerlichen Parteien und den hinter ihnen stehenden Klassen. Für den Erfolg der beiden Heere aber kommt es auf jeden Proletarier, jede Proletarierin an. Die Klassenherrschaft der Besitzenden läßt die breitesten Massen durch Sorgen und Hunger niederhehen, die breitesten Massen müssen sich kämpfend gegen ihr Geschick auflehnen. Und ihr Kampf in Gewerkschaften und Sozialdemokratie muß ebenso international über die Grenzen der Staaten hinausgreifen, wie es die Ausplünderung und Knechtung des Proletariats durch die Besitzenden tut. Sind es — nur ein Beweis von vielen! — nicht deutsche Banker gewesen, die es durch ihr Geld vor zwei Jahren der Regierung Brasiliens ermöglicht

haben, den Wünschen der großen Plantagenbesitzer entsprechend die Preistreiberer für Kaffee staatlich zu organisieren? Lernen wir von unseren Feinden! Dort die gewaltigen Streitkräfte der alten, in ihren Grundfesten erschütterten Welt der Ausbeutung und Knechtschaft des Menschen durch den Menschen, in blinder Raffgier bestrebt, diese Ausbeutung und Knechtschaft zu steigern und zu verewigen. Hier die wachsende Macht der emporsteigenden Klasse, die nicht nur dem Hunger von heute wehren will, die vielmehr für immer die Ordnung der Ausbeutung der Massen brechen muß. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Johanna Greie-Cramer.

Es läßt sich kaum ein größerer Gegensatz der äußeren Verhältnisse denken als der zwischen dem Lebensgang der beiden hervorragenden ausländischen Genossinnen, die der Tod kürzlich aus unseren Reihen gerissen hat: Margaret Ethel Mac Donald und Johanna Greie-Cramer. Die treue Verfechterin der proletarischen Interessen in England kam an Bildung wohlgerüstet für ihr Lebenswerk von den lichtbeglänzten Höhen der bürgerlichen Gesellschaft, die deutsche Vorkämpferin des Sozialismus in den Vereinigten Staaten stieg aus den sozialen Niederungen empor und mußte der Ungunst der Umwelt jeden Fuß breit vorwärts in ihrer Entwicklung abtrotzen. Jedoch wie sich die beiden schließlich in der großen internationalen Gemeinschaft des Wirkens für das gleiche Ziel zusammensanden, so wurde auch ein Gemeinsames die treibende, reisende Kraft ihres Werdens. Es war die befreiende Macht des sozialistischen Ideals, die Genossin Mac Donald aus der Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit in der Welt des Reichtums löste, die Genossin Greie-Cramer aus der dumpfen Hoffnungslosigkeit und dem „Unverstand der Massen“ in der Welt der Armut emporriß. Ihr verdanken die beiden Genossinnen das Beste, was sie geworden sind, was sie geleistet haben, denn sie ließ ihnen bei Arbeit und Kampf im Dienste der Menschheitserlösung die reichen Fähigkeiten des Geistes und Herzens erblühen.

Johanna Greie-Cramer zählte zu den Deutschen, die der bleierne Druck des Sozialistengesetzes über den Ozean trieb und die in der neuen Heimat zu Bahnbrechern des wissenschaftlichen Sozialismus wurden. Sie war 1864 zu Dresden als das Kind kleiner Bürgerleute geboren und konnte daher nicht die Erziehung erhalten, nach der ihre vielseitige Begabung verlangte. Was die Volksschule bot, das genügte dem Wissenshunger des regsamem Geistes nicht; fleißiges Lesen half nach, soweit es möglich war. Stärker noch als der Zwang des Verdienens trieb der Drang, auf eigenen Füßen zu stehen und „etwas Rechtes zu werden“, Johanna in das Erwerbsleben, kaum daß die Schulzeit vorüber war. Sie trat in ein kaufmännisches Geschäft ein und nahm später in einem solchen zu Magdeburg eine Stellung an. Hier verheiratete sie sich einundzwanzigjährig mit dem Dreher Emil Greie und fand in der Ehe mit diesem überzeugten, eifrigen Sozialdemokraten die Ideengemeinschaft und Anregung, von der ihre heiße Bildungssehnsucht geträumt hatte. Bald war sie in der geistigen Welt des Gatten heimisch — der freireligiösen und sozialistischen Bewegung —, und unwiderstehlich trieb es sie, aus einer Empfangenden zu einer Gebenden zu werden. Von Gesinnungsgenossen ihres Mannes ermutigt, griff sie zur Feder, um die Gefühle und Gedanken zu gestalten, die ihr aus dem Leben zuwuchsen. Gestalten aber wollte Johanna Greie, um die Geister wachzurütteln, um ihnen zuzurufen: Ihr sollt euch nicht länger knechten lassen! Lernet und kämpfet, auf daß ihr frei werdet! Die Magdeburger „Gerichtszeitung“ und verschiedene andere Tagesblätter veröffentlichten von ihr Korrespondenzen und Feuilletons, welche laut von der Begabung und der freieitlichen, sozialistischen Gesinnung der jungen Frau redeten.

Jedoch trotz allem schien sich damals in Deutschland für den Bildungs- und Tätigkeitsdrang unserer Genossin kein weiter Horizont zu öffnen. Die bürgerliche Presse konnte kein Wirkungsfeld für eine Proletarierin sein, die ohne Namen, ohne Beziehungen,

ja ohne regulären höheren Bildungsgang in die Öffentlichkeit trat, nur ausgerüstet mit ihrer starken Begabung, mit den lückenhaften Kenntnissen, die sie mit heißem Bemühen nach einem Aufwärts rechts und links zusammengerafft hatte, und — für die „Gutgefunten“ schlimmer als alles! — erfüllt vom Brausen des sozialistischen Geistes. Die Presse der kämpfenden Arbeiterklasse aber war in ihrer Entwicklung durch die Ketten und Fallgruben des Ausnahmegesetzes gehindert. Dieses drückte auch mit harter Faust auf die Existenz, die Betätigung des Genossen Greie. Das junge Paar entschloß sich 1887 zur Auswanderung nach den Vereinigten Staaten, in deren politisch freier Luft es neue, größere Bildungs- und Wirkungsmöglichkeiten zu finden hoffte. Die sozialistische Überzeugung trugen die beiden als kostbarstes Erbeil aus dem Vaterland mit sich über das Meer und standen bald in New York in der kleinen Phalanx deutscher Genossen, die mit unerschütterlicher Begeisterung und Hingabe kämpfte, um dem Sozialismus unter dem Proletariat der Vereinigten Staaten Heimrecht zu erobern. Hier hat unsere Genossin ausgehalten in guten und schlimmen Tagen und im Wechsel des Schicksals, nachdem ihr der Tod den treuen Gefährten entzogen hatte und sie mit Albert Cramer eine zweite Ehe eingegangen war. Ohne Wanken und Schwanken, ohne Rücksicht auf Opfer und Gefahr stand sie jederzeit in den vordersten Reihen.

Allmählich schuf sich Genossin Greie als Schriftstellerin und Rednerin einen Tätigkeitskreis, in welchem sie mit ihren sich kräftig entwickelnden Talenten ihrem Ideal dienen konnte. Einer ihrer ältesten Parteifreunde, Genosse Rosenberg — dem es gegeben war, die zehrenden Gegenwartsleiden und die stolze Zukunftshoffnung der Enterbten in tiefempfundene Verse zu fassen —, zeichnet ihr Hineinwachsen in die propagandistische Parteiarbeit anschaulich in diesen Sätzen:

„Ich lernte Johanna Greie kennen, als sie mit ihrem ersten Manne, Emil Greie, in New York gelandet war. Ich sah ihr reiches, frisches Talent in der Agitation sich langsam, aber aufwärts entfalten und habe direkten Anteil an ihrem Aufstieg genommen. Als Sekretär des Exekutivkomitees der damals rein deutschen sozialistischen Arbeiterpartei war mein Auge geschärft für werktätige Kräfte, und wo ich solche witterte, da zwang ich sie durch Überredung hinein in die Öffentlichkeit der Propaganda. So auch Johanna Greie. In ihrem Manne entdeckte ich einen geraden, offenen, höchst ernstern Charakter, der mit stillem Stolz auf seine junge Frau blickte, wenn wir zusammen von der Gegenwart und Zukunft in ihrer oder meiner Behausung philosophierten und sie, die eifrigste von uns, uns allen immer zehn Pferdelaugen vorausseilte. . . . In öffentlichen Reden hatte sie sich vor ihrer Übersiedlung nach New York nicht geübt, und sie zitterte, wenn ich davon sprach und sie dazu ermunterte. Wer hätte damals geahnt, daß ein so großes oratorisches Talent in ihr schlummerte und sie das öffentliche Rostrum gegen einen ganzen Schwarm angriffslustiger und spottender Gegner beherrschen würde!? Sie begann mit Deklamationen und kleineren Ansprachen in der Debatte. Ich erinnere mich heute noch so gut wie damals, wie sie Freiligraths „Revolution“ mit mir vor meiner jungen Gattin einstudierte, und wie sie, ehrgeizig, nicht müde wurde, den Geist und den Schwung der Dichtung in all ihren Schattierungen zum vollkommenen Ausdruck auch in der Mimik zu bringen.“

1888 zog Genossin Greie zum erstenmal als Sendebotin des sozialistischen Evangeliums durch die Vereinigten Staaten, und von da an blieb sie eine der geschäftigsten und erfolgreichsten Agitatorinnen der Partei, bis 1903 schweres körperliches Leiden ihr das Reden in der Öffentlichkeit verwehrte. Ganz besonders oft wurde sie als Referentin gerufen, wenn es sich darum handelte, die Frauenfrage vom sozialistischen Standpunkt aus zu erörtern, Frauenmassen für das herrliche Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse zu gewinnen, den Nachweis zu erbringen, daß dieses Ziel ohne die Mitarbeit der aufgeklärten und opferfreudigen Proletarierinnen nicht erreicht werden könne. Die Klarheit ihrer Auffassung vom Wesen des Sozialismus und den Kräften, die seinen Triumph im Schoße der kapitalistischen

Ordnung vorbereiten, überzeugte die Zuhörer; die Herzenswärme, mit der sie von der Pein des ausgebeuteten Proletariats sprach, ergriff und machte miterleben; der begeisterte Schwung ihrer Rede riß fort und ließ inmitten des Tostens der zeitgenössischen Klassenkämpfe den Zukunftssieg der Arbeiterklasse schauen. Nicht selten kam es vor, daß unsere Genossin in großen Versammlungen die Klinge mit den Vertretern und Vertreterinnen bürgerlicher Auffassungen kreuzen mußte, zumal mit Frauenrechtlerinnen, die von der Gleichberechtigung der Geschlechter in der bürgerlichen Ordnung die Lösung der Frauenfrage erhofften. Mit der Überlegenheit der geschichtlichen Einsicht trat sie den gegnerischen Anschauungen entgegen, und wie glänzten die Augen der Genossinnen in freudigem Stolz, wenn Zustimmungsrufe und donnernder Beifall die überzeugende Kraft der sozialistischen Gedankengänge bekundeten.

Johanna Greie war nicht von heute auf morgen von einer schwärmerischen Gefühlssozialistin zur geschulten Vorkämpferin des wissenschaftlichen Sozialismus gereift. Sie hat heiß und zähe um Kenntnisse und Klarheit gerungen. Ihr Freund Rosenberg schreibt darüber: „Obwohl von temperamentvollen und leidenschaftlichen Regungen durchflutet, strebte sie doch früh nach männlicher Ergreifung der sich darbietenden Situation und noch objektiver, sentimentalitätsfreier Klarheit. Wie oft habe ich sie beobachtet, wie sie sinnend einer Argumentation über irgend ein wichtiges Thema zulauschen konnte, ohne vor schnell dazwischenzureden und den Redner zu verwirren. Philosophisch zu denken war ihr Ehrgeiz, und sie wußte, daß dies nur auf dem Wege fleißigsten Studiums möglich war. Und sie sammelte sich die erforderliche Klarheit, so schwer es ihr auch angekommen sein mag. Und diese Klarheit in den wirtschaftlichen Bewegungsprozessen befähigte sie denn auch, in der Agitation ihren vollen und ganzen Mann zu stellen, wie man zu sagen pflegt, und ganz besonders in der sozialistischen Frauenbewegung ruhmreiche Pionierdienste zu verrichten.“

Hand in Hand mit der rednerischen ging die organisatorische Tätigkeit, namentlich unter den Frauen. Johanna Greie-Cramer ist namentlich die Gründung des Sozialdemokratischen Frauenvereins in New York zu verdanken, der ersten zentralistischen sozialdemokratischen Frauenorganisation in den Vereinigten Staaten, die bald in anderen Städten Zweigvereine ins Leben rief. Daß diese Organisation zu einem Mittelpunkt der Aufklärungs- und Schulungsarbeit unter den Frauen des werktätigen Volkes in den Oststaaten der großen Union werden konnte, daß ihr Vorbild anregend und anfeuernd auf die Genossinnen englischer Abstammung zu wirken vermochte: ist ganz wesentlich mit das Verdienst von Johanna Greie-Cramer gewesen. Sie war auch unter den ersten Genossinnen, die für die junge sozialistische Frauenbewegung der Vereinigten Staaten internationalen Anschluß suchten. Manche unserer Leserinnen wird sich noch der interessanten Berichte erinnern, die sie vor Jahren als internationale Korrespondentin der deutschen Genossinnen in Amerika für die „Gleichheit“ schrieb. Mit herzlichem Interesse verfolgte sie das Ausblühen der sozialistischen Frauenbewegung in Deutschland, mit der sie sich innerlich fest verbunden fühlte. Der nie erstorbene Wunsch, die alte Heimat wiederzusehen, wurde unserer Genossin 1907 erfüllt, wo sie als Delegierte an den internationalen sozialistischen Tagungen zu Stuttgart teilnahm. Den Erfolg der ersten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz begrüßte sie mit besonderer Befriedigung, sie sah darin auch ein Stück ihrer Lebensarbeit verkörpert.

Wenige Jahre nach der Übersiedlung in die Vereinigten Staaten veröffentlichte Genossin Greie einen größeren Roman: „Im Banne der Vorurteile.“ Es war eine gute Strecke des eigenen rauhen Entwicklungsganges, die sie hier mit anschaulicher Lebendigkeit erstehen ließ. Im Laufe der Zeit haben sich dem Roman viele kleinere Novellen, Erzählungen, Skizzen usw. angeschlossen, ferner zahlreiche belehrende und agitatorische Beiträge für die sozialistische Presse. Wir erwähnen davon nur die Artikelserien über die „Frauenfrage“, „Kinderarbeit“, „Arbeit und Kapital“ usw. 1904 bis 1906 redigierte Genossin Greie-Cramer mit großem Erfolg die „Frauenseite“ der „New Yorker

Volkszeitung“; Krankheit zwang sie, sich auch von diesem liebgewordenen Posten zurückzuziehen.

Die reiche Kraft unserer Genossin war verhältnismäßig früh aufgebraucht. Viel Lebensnot hat an ihr gerüttelt, mancher herbe Kummer an ihr gezehrt, aber mehr als alles hat die tatfreudige Hingabe an die Sache des Sozialismus sie ausgeglichen. Denn Genossin Greie-Cramer setzte sich für sie ein, ohne zu rechnen und zu sparen, ohne an sich zu denken. „Man packt alles mit Enthusiasmus, mit ganzem Herzen an, und das wirkt zurück,“ so schrieb sie einem Freunde. Die letzten Jahre waren eine Kette schwerster Leiden für sie, jedoch als furchtbarste Qual von allen empfand sie ihre erzwungene Untätigkeit. Am 22. August hat sie in Elisabeth (New Jersey) für immer die Augen geschlossen, die freiheits- und schönheitssehnsüchtig das Land der Seele in der sozialistischen Zukunft suchten. Das Beste ihres selbstlosen, leidenschaftlichen Herzens, ihres hochgemuten Geistes lebt in Hunderten weiter, denen sie mit dem sozialistischen Ideal eine neue, starke Daseinskraft gebracht hat. Ein reiches, ein volles Leben wie das ihre ist nicht zu teuer mit frühem Tode erkaufte.

Aus der Geschichte der menschlichen Unwissenheit.

Von B. Sommer.

II.

Von der Jesusgemeinde zur „Kirche“.

Das Christentum nahm den Grundgedanken des Buddhismus wieder auf, den dieser selbst fallen gelassen hatte. Von den Göttern behielt es nur den entfernten, all-einen großen Weltgott, der schon 1500 Jahre früher bei den Ägyptern und Babyloniern die anderen Götter zu verdrängen begonnen hatte. Das Christentum stellte ihn aber bereits auf eine höhere Stufe. Wie dieser Weltgott allen Geistern befehlt, so vertritt er nun auch alle Geister.

Die Frage, ob Jesus gelebt hat, interessiert uns hier ebensowenig wie die, ob Buddha, Moses oder Homer gelebt haben. Für uns handelt es sich nur um das Wesen des Christentums. Die aus hundert verschiedenen Lappen zusammengesetzten Evangelien können uns darüber nichts lehren. Nur die ersten Kapitel des Römerbriefes enthalten es in seiner Reinheit. Wenn von Worten des angeblichen Gründers des Systems irgend etwas auf uns gekommen ist, so hat im „Gebet des Herrn“ die Überlieferung solche Worte wohl am reinsten erhalten. Auch dieses Symbolum hat Ziel und Ende in der „Erlösung vom Übel“. Aber da es Gott nicht leugnet, wie der Buddhismus, hebt es den Zusammenhang von Schuld und Übel nicht schlechtweg auf. Nur ist der neue Gottesbegriff erhabener als der heidnische oder selbst der jüdische, dem noch Tiere in Menge zu Jerusalem bluteten. Gott bedarf nicht der Leistung. Die Schuld besteht auf Seite des Menschen, aber Gott läßt Barmherzigkeit und erläßt sie in dem Maße, als auch der Mensch „vergift seinen Schuldigern“. Des Menschen eigene Barmherzigkeit ist das Maß seiner Erlösung. Paulus drückt das in dem Satz aus: Die Liebe ist des Gesetzes — das ist: aller Kultvorschriften — Erfüllung.

Dieser Paulus muß ein sehr kluger Mann gewesen sein. Die obige Lehre allein hätte niemals die Massen gewinnen können. Sie war zu abstrakt. Deshalb machte Paulus den Tod Jesu zum Kernpunkt seines Systems. Die Schuld der Menschheit besteht, sagt er, aber nicht des Menschen Kult tilgt sie; Jesus hat sie getilgt durch die Hingabe seiner selbst. Das Menschenopfer, insbesondere das des erstgeborenen Sohnes, war auf palästinensisch-phonikischem Boden wohlbekannt. In der Bibel finden sich Erinnerungen daran in Menge. Und die Leviten zu Jerusalem wollten ja geradezu an Stelle des Erstgeburtsofers dem Tempel geschenkt sein (1. Mose 8, 11 ff.). Objektiv hat also die Dpser-tat Jesu die Menschheit von der drückenden Sündenschuld befreit; subjektiv befreite den einzelnen von dem Bewußtsein seiner Verschuldung der Glaube an Jesu Tat und deren Bestimmung. Damit ist aber gleichfalls aller alte Kult abgeschafft. Gebet

und Erbauung, Belehrung und Ermahnung zu sittlichem, vor allem liebevollen Wandel, ein Erinnerungsmahl, sind nicht Akte des Kultes im alten Sinne, nicht Gottespflege. Damit ist aber auch alles Priestertum vollkommen aufgehoben, das auf solcher Pflege und besonderem geheimen Kultwissen beruht. Das Achristentum hat auch in der Tat nach den alten Verichten kein Priestertum.

An die Stelle des Kultes also setzte der mythische, aber ganz folgerichtig gedachte Jesus des Paulus das Gesetz der Liebe, des Erbarmens. Reich teilte deshalb durchaus noch nicht mit Arm — ein etwaiger Kommunismus konnte sich nur im engsten Kreise und auch nur so lange halten, bis das gemeinsame Vermögen aufgezehrt war —, aber es teilte von seinem Überfluß doch reichlich mit. Die Wohlhabenden ersparten dafür ja auch die großen Opfer an die Tempel. In der ersten Zeit hielten die Brüder regelmäßige Liebesmahle (Agapen), deren Kosten wohl in der Hauptsache von den Bemittelten bestritten wurden — später wurde das freilich anders, und die Mahle hörten daher auf —, und auch sonst verteilte man Gaben aus dem allgemeinen Säckel. Nicht daß das Christentum das Gebot der Menschenliebe zuerst in der Geschichte gepredigt hätte, aber wesentlich christlich ist der Austausch des Kultgesetzes gegen diese. Wenn moderne liberale Theologen das ganze Leben und die ganze Lehre des Jesus auf diesen Gedanken hinauslaufen lassen, dann sind sie völlig im Rechte. Unrecht haben sie nur darin, daß sie meinen, mit Jesu Liebeslehre sei jetzt der Welt noch zu helfen, und sie könnten mit ihren Anschauungen noch im heutigen Achristentum verbleiben. Dieser ihr Jesus hat keine neue Religion, kein Christentum gestiftet, des Paulus Lehre ist keine Religion im alten Sinne mehr.

Aber wie Indien 500 Jahre früher für Buddha, war das römische Reich zu Beginn der Kaiserzeit selbst für den Christus nicht reif, der als Erlöser den herrschenden Zuständen und Anschauungen so stark angepaßt war. Die Einfachheit seiner Lehre und die Billigkeit seiner Heilmittel zog die Massen mächtig an — aber die waren ja gerade am abergläubigsten. Schon in den ungefähr 100 Jahre nach des Erlösers angeblichem Tode geschriebenen Evangelien findet sich vielerlei, was zu dem paulinischen Grundgedanken gar nicht paßt. Auf der einen Seite macht sich der schamanistisch-priesterliche Zug schon wieder geltend, der dem Weltelöser Krankenheilen, Kampf mit Dämonen und sonstiges Wunder tun zuschreibt — einen solchen „Propheten“ mag es wohl gegeben haben, der Christus des Paulus aber ist das nicht. Auf der anderen Seite ist bereits vielerlei aus den höheren, mit dem Christentum wetteifernden Erlösungsreligionen, dem Dionysos, Mithra-, Serapis- und Isiskult ausgenommen und mehrt sich immer mehr. Dazu kommen noch mancherlei Bestandteile aus dem damals bereits zersprengten Judentum — auch der Titel „Messias“ stammt von dort — und ferner ein Evangelium nach Johannes, eine vollkommene Verschmelzung des Christus mit der griechischen Logosidee. Alles in allem ein wirres Kunterbunt. Das aber bewirkte gerade den Sieg des Christentums über alle Nebenbuhler, daß jeder in ihm fand, was er brauchte, und hineinbringen konnte, was er wollte. Wenn er glaubte, daß Jesus der Erlöser sei, durfte er in den ersten Jahrhunderten sich die Erlösung ganz in eigener Weise vorstellen. Das Christentum war in den einzelnen, durch Meere getrennten, kaum durch Straßen verbundenen Teilen des römischen Weltreichs vorerst ganz verschieden. Es glied sich erst und nur sehr allmählich zum Katholizismus aus, nachdem es vom vierten Jahrhundert ab Staatsreligion geworden war und nachdem Tufende von großen und Hunderte von kleinen Sekten entstanden und wieder vergangen beziehungsweise ausgerottet worden waren. Von Liebe und Erbarmen merkt man freilich nichts bei diesen Partekämpfen, die um die „wahre“ Lehre geführt wurden.

Die Lehre vom Christus und die Unterstützung der Armen allein hätte die Masse auf die Dauer wohl kaum zusammengehalten, hätte sich im Christentum nicht eine bedeutsame Organisation herausgebildet. Eine solche mußte geschaffen werden, um die Gaben der Liebe zu verteilen. Denn gemeinsame Mahlzeiten oder überhaupt gar ein gemeinsames Leben waren, wie

schon erwähnt, nur im engsten Kreise durchführbar. Diese Organisation aber mit ihren Beamten — wir werden uns gleich mit ihnen beschäftigen — ließ die Christenheit bald als einen gewichtigen politischen Faktor erscheinen. Die um die Alleinherrschaft kämpfenden Gewalthaber des römischen Reiches, die Auguste und Cäsare, konnten diesen Faktor für ihre Interessen und Intrigen benutzen, um ihre Nebenbuhler niederzuringen. So ward nach mancherlei Wechselfällen das Christentum endlich Staatsreligion, und wie ihm seine Existenz gesichert wurde, so sicherte es nun seinerseits seinen Schützern das alleinige und wenn möglich erbliche Kaisertum.

Als Konstantin zu Beginn des vierten Jahrhunderts sich für die Duldung des Christentums entschieden hatte, dachte er noch ganz als Heide, was er ja auch bis kurz vor seinem Tode blieb. Ein von so vielen Tausenden verehrter Gott konnte ja kein unmächtiger sein, es lag im Staatsinteresse, wenn neben den heidnischen Göttern auch der christliche Gott verehrt wurde. Sollte aber seine Macht für den Cäsar in die Waagschale fallen, so mußte diese Verehrung in Eintracht von den Christen geleistet werden. Diese fehlte freilich noch sehr. Und darum haßten der Heide Konstantin und seine Nachfolger allen leserischen Zwiespalt, und sie entschieden oft auf den Konzilien eigenmächtig die wichtigsten Glaubensfragen, wenn sich die Pfaffen nicht einigen konnten. Darum schrieb Konstantin auch den Wortlaut des Gebets für alle christlichen Mannschaften der Armee vor, in dem er sich selber natürlich nicht vergah.

Staatsreligion! Pfaffen! Hatte der angebliche Jesus nicht angeblich allen Kult aufgehoben? Wohl — aber der Priester hatte sich trotzdem wieder eingestellt. Die Apostel hatten „den Geist“ empfangen und gaben ihn durch Handauflegen weiter. Jeder Christ konnte ihn auf diese Art weitergeben, doch lag es in der Natur der Sache und der damaligen Gesellschaft, daß nicht jeder Slave und Arme dies wagte. So wurde die Ausbreitung des Geistes ebenso wie die Leitung der Geschäfte überhaupt ein Monopol der Agitatoren und Vereinsvorstände. Diese sind ihren Namen nach ganz weltlichen Ursprungs. Die Apostel sind Propagandisten, der Presbyter (Priester) ist der väterliche Älteste der örtlichen Gemeinde, der Diakon ist der Armenpfleger, der Episkopus (Bischof) ist ein „Aufseher“. Lehrer sind sie alle. Sie wurden nur teilweise gewählt, oft wurden sie ausgelost.

Da alle diese Beamten nun auch Gaben und Opfer, zwar nicht mehr für Gott, so aber doch „um Gottes willen“ annahmen, ganz gewiß auch in der Gemeinde vorbeteten, unterschieden sie sich von den heidnischen Priestern nur noch durch Gedanken. Je mehr die christliche Lehre von den Ländern griechischer Kultur und Philosophie gegen das westliche Barbarentum vordrang, desto mehr nahm sie auch wieder heidnische Vorstellungen auf; Geisterglaube und Dämonenfurcht schlichen sich wieder ein. Je mehr sich die sozialen Zustände des römischen Reiches verschlechterten, desto mehr kam die Zuversicht, erlöst zu sein, ins Wanken und rückte die Erlösung wieder in die Zukunft. Dieser Prozeß wurde besonders durch die jüdische Apokalypsil, die Offenbarungsliteratur, unterstützt. Mit dem Alten Testament hatte sich die ganze jüdische Legende von Adams Schuld und der Erbsünde und den Gott schuldigen Opfern wieder eingeschlichen. Und so trat der Gedanke ganz in den Hintergrund, die christlichen Opfer seien Taten der Menschenliebe, des sich erlöst fühlenden Gemüts; die Opfer erschienen nun wieder als Gaben an Gott, um die Erlösung zu bewirken. Mit anderen Worten: Hatte einst der paulinische Glaube an die geschehene Erlösung die Werke bewirkt, so bewirkten jetzt nach jüdisch-heidnischer Meinung die Werke den Glauben an die zukünftige Erlösung. Damit aber war der jesuanisch-paulinische Gedanke gänzlich ausgeschaltet — das Christentum war wieder Heidentum geworden. Nun wurde in Folgerichtigkeit das Erinnerungsmahl an die geschehene Erlösung auch wieder zum zeremoniösen „Gottesdienst“, zum Zwecke künftiger Erlösung — der Messe. Daran schloß sich wiederum all das Brimborium heidnischen Gottesdienstes, wie er auch anderwärts gebräuchlich war. Das Christentum sammelte Zeremonien aus den verschiedensten alten Kulturen, so daß die christlichen Befehrer, die viele hundert Jahre

später nach dem ferneren Osten kamen, nach Indien, Tibet und anderen Ländern, glauben konnten, durch Teufelspul hatten die dortigen Völker sich der christlichen Formen des Kultus bemächtigt, welche in Wahrheit das viel jüngere Christentum ihnen entlehnt und nachgeahmt hatte.

Hatten Jesus-Paulus die Kultschulden an die Götter verneint und an deren Stelle die moralische Schuld gesetzt, die nur durch Besserung zu sühnen sei — wer sich nicht besserte, war eben kein Christ und wurde aus der Gemeinde gewiesen —, so benutzte die neue Priesterschaft den Gedanken der ethischen Schuld dazu, sich zu bereichern. Die christlichen Priester verteilten nicht mehr alle Gaben an die Armen, sie lebten von diesen Gaben und speicherten sie auf wie die Tempelpriester. Jetzt lernten sie die ethische Schuld wieder in Kultschulden umzurechnen und ließen die Sünder brav zahlen. Die von Paulus rein irdisch vorgestellte Erlösung beziehungsweise das innerliche Erlösungsgefühl wurde mit Hilfe der aus der persischen Religion herübergenommenen Märchen von Himmelreich, Hölle und Feuer zu einer bloßen Hoffnung auf Erlösung herabgedrückt, die sich natürlich mit der Menge der Opfer steigerte. So wurde die Kirche, die sich nach und nach eine strenge Zentralisation mit dem Mittelpunkt Rom gab — nicht ohne viele blutige Kämpfe —, immer reicher und ihre „Diener“ immer zahlreicher, anspruchsvoller, hochmütiger und verschwenderischer, so daß schließlich alle Gaben, Opfer und Kirchensteuern doch nicht mehr zureichen wollten. Aller brauchbare Aberglaube der neubekehrten West- und Nordvölker Europas wurde benutzt und aufgebraucht, um die Seelenangst und damit die Gehorsamkeit zu steigern. Eine das Heidentum weit überbietende Kultsucht wurde in den Völkern großgezogen. War die Taufe einst wie bei Johannes nur das äußerliche Zeichen des Gesinnungswechsels und der gelobten Besserung, so war sie jetzt längst ein Symbol wahrhafter „Wiedergeburt“ und endlich ein solches der Abwaschung der alten wieder hervorgefuchsten Erbschuld — weshalb sie jetzt auch an den Kindern sofort nach der Geburt vollzogen wurde. Die Buße wurde zu einer Formalität. Mit jedem neuen Jahrhundert wuchsen die Priesterfunktionen und damit die Sporteln der „Gläubigen“. Außer den regelmäßigen und außerordentlichen Gaben für das lokale kirchliche Leben schrieb Rom noch große allgemeine und besondere Ablässe, Steuern, Feste und Jubeljahre aus, die alle große Pilgermassen in Bewegung setzten und ungeheure Gelder nach Italien brachten. Die Christenheit wurde hierbei nicht bloß durch die Ausfuhr des baren Geldes, sondern ebenso sehr durch Vernachlässigung notwendiger Arbeit geschädigt. Alle Gelder möglichst nach dem Schwelgerischen Rom zu leiten, war das Hauptstreben der höchsten christlichen Kirchenherrschaft. Auch alle Kirchenämter mußten sehr teuer bezahlt werden — die Kaufpreise quetschten die Käufer wieder aus der gläubigen Herde heraus. „Schafe sind da, um geschoren zu werden“, sagte man. Die ganze Kirchenorganisation hatte sich gegen das elfte Jahrhundert in eine raffiniert eingerichtete Ausbeutungsmaschinerie verwandelt, unter deren unablässigem Druck die Menschheit nicht weniger seufzte wie heute unter dem Gewicht des Militarismus. Jene war ebenso international wie dieser.

Der Kirche waren stets für ihre Zwecke alle Mittel recht. Unter den Germanen und anderen Völkern wurde das Christentum mit Hilfe der Fürsten und deren Gefolgschaften verbreitet. Die Kirche half der sich bei diesen Völkern bildenden staatlichen Gewalt im Kampfe gegen das politisch wie religiös demokratische Heidentum, wie sie auch die Geburtsshelferin war bei der Entstehung der wirtschaftlichen und politischen Macht des Adels. Natürlich sicherte sie sich dadurch die religiöse Oberherrschaft. War diese gefestigt, dann wurden die Priester zur Abwechslung demokratisch, um wieder die Ritter und Herren zu schröpfen. Gewiß: in den Ländern, die noch nicht von der römischen Kultur erfaßt worden waren, ist die Kirche die Vermittlerin höherer Kultur gewesen. Bedeutsames, Weittragendes hat sie in dieser Beziehung, hat sie auch später noch als Trägerin und Pflegerin höherer Kultur auf allen Gebieten des Gesellschaftslebens geleistet und gerade dadurch mit ihren großen Einflüssen erworben. Dieses ihr Werk, das in dem Zusammen-

hang unseres Themas nicht gewürdigt werden kann, soll nicht gelegnet, auch nicht verkleinert werden. Jedoch dürfen wir über diesem Werke nicht vergessen, daß die Kirche im Verlauf des Mittelalters mehr und mehr zu einem Hemmnis des weiteren Fortschritts in allen christlichen Ländern wurde.

In ihren Klöstern und Kirchen stapelte sie ungeheure Mengen Gold, Silber und Edelstein auf, entzog es dem Umlauf und hinderte so zu Beginn der Geldwirtschaft den wirtschaftlichen Aufschwung. Höchstens Baukunst und Kunstgewerbe — beides Luxusindustrien — konnten sich auf Kosten des allgemeinen industriellen Fortschritts weiterentwickeln. Es war wirklich eine „tote Hand“, in die das zum Besten der Seelen Geopferte fiel. In den Klöstern fristete eine immer mehr anwachsende Schar arbeitsfähiger Männer und Frauen auf Kosten der schaffenden Volksschichten ihr Leben. Ebenso wurde der ungeheure Grundbesitz der Kirche, den diese im Laufe der Zeit an sich gerafft hatte, und der durch Fronarbeit bewirtschaftet wurde, schließlich zu einer Fessel der neuen sich entwickelnden Produktivkräfte.

Bebels Lebenserinnerungen.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Raum hatte ich mich in meiner Zelle häuslich eingerichtet, als ich wie ein Taschenmesser zusammenklappte. Die großen Anstrengungen und Aufregungen der letzten Jahre hatten mir nicht zum Bewußtsein kommen lassen, wie sehr meine Kräfte heruntergekommen waren. Jetzt, wo ich gewaltsam zur Ruhe verwiesen worden war und die Spannung nachließ, brach ich zusammen. Die Erschöpfung war so groß, daß ich wochenlang keine ernste Arbeit vornehmen konnte. Aber absolute Ruhe und frische Luft brachten mich allmählich wieder auf die Füße. Mein Hausarzt hatte recht, als er meine Frau tröstete, ein Jahr Festung werde meiner Gesundheit nützlich sein. Später stellte sich bei einer genaueren ärztlichen Untersuchung auch heraus, daß mein linker Lungenflügel stark tuberkulös angegriffen war und eine Kaverne aufwies, die auf der Festung ausheilte. Freunde, die das erfuhren, meinten lachend, da sei ich ja dem Staate Dank schuldig, daß er mich auf die Festung geschickt. Ich antwortete: Dank würde ich ihm schulden, hätte er mich zu meiner Gesundung zu Festung verurteilen lassen. Ich hatte wieder einmal, wie so oft im Leben, „Schwein“ gehabt. Was mein Verderben sein konnte, schlug zum Guten aus.

Nachdem unabänderlich feststand, daß ich für einunddreißig Monate meine Freiheit eingebüßt hatte, entschloß ich mich, diese Zeit mit aller Kraft zu verwenden, um die Lücken meines Wissens einigermaßen auszufüllen. Sobald ich also wieder arbeitsfähig war, stürzte ich mich mit aller Energie in die Arbeit, das beste Mittel, über eine unangenehme Situation hinwegzukommen. Ich studierte hauptsächlich Nationalökonomie und Geschichte. Zum zweitenmal studierte ich Marx' „Kapital“, dessen erster Band damals nur vorlag, Engels' „Lage der arbeitenden Klassen in England“, Lassalles „System der erworbenen Rechte“, Stuart Mills „Politische Ökonomie“, Dührings und Careys Werke, Lavelayes „Ureigentum“, Lorenz Steins „Geschichte des französischen Sozialismus und Kommunismus“, Platons „Staat“, Aristoteles' „Politik“, Machiavellis „Der Fürst“, Thomas Morus' „Utopia“, v. Thünens „Der isolierte Staat“. Von den Geschichtswerken, die ich las, fesselten mich besonders Buckles „Geschichte der englischen Zivilisation“ und Wilhelm Zimmermanns „Geschichte des Deutschen Bauernkriegs“. Letztere gab mir die Anregung, eine populäre Abhandlung zu schreiben unter dem Titel „Der Deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters“. Das Buch erschien bei W. Braack in Braunschweig; später, unter dem Sozialistengesetz, wurde seine Verbreitung verboten. Eine zweite Auflage, die eine Neubearbeitung erforderte, gab ich wegen Zeitmangel nicht mehr heraus. Auch die Naturwissenschaften vernachlässigte ich nicht. Ich las Darwins „Die Entstehung der Arten“, Häckels „Natürliche Schöpfungsgeschichte“, L. Büchners „Kraft und Stoff“ und „Die Stellung des Menschen“

in der Natur", Liebig's „Chemische Briefe" usw. Ebenso widmete ich dem Lesen der Klassiker einen Teil meiner Zeit. Ich war von einer wahren Lern- und Arbeitsgier besessen.

Ferner übersehte ich während der Haft „Etude sur les doctrines sociales du Christianisme" von Yves Guyot und Sigismond Lacroix, eine Übersetzung, die unter dem Titel „Die wahre Gestalt des Christentums" bis heute erscheint. Dazu verfaßte ich eine Gegenschrist unter dem Titel „Glossen zu Yves Guyots und Sigismond Lacroix' Die wahre Gestalt des Christentums, nebst einem Anhang über die gegenwärtige und zukünftige Stellung der Frau". Der letztere Aufsatz war, glaube ich, die erste parteigenössische Abhandlung über die Stellung der Frau vom sozialistischen Standpunkt aus. Die Anregung zu dieser Abhandlung hatte mir das Studium der französischen sozialistischen und kommunistischen Utopisten gegeben. Auch machte ich während dieser Haft die Vorstudien zu meinem Buche „Die Frau", das zuerst im Jahre 1879 unter dem Titel „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" erschien und trotz des Verbreitungsverbots unter dem Sozialistengesetz acht Auflagen erlebte. Im Jahre 1910 erschien die 50. und 51. Auflage.

Es war schön und nützlich, daß ich die Zeit meiner Gefangenschaft zu meinem eigenen Besten verwenden konnte, nichtsdestoweniger atmete ich auf und begrüßte den Tag, an dem ich meine Freiheit wieder erlangte. Da aber jeder Gefangene, der seiner baldigen Befreiung entgegenfieht, von großer Unruhe und Ungeduld gepackt wird und Tage und Stunden zählt, suchte ich dieselbe dadurch zu meistern, daß ich mir vornahm, noch ein Pensum Arbeit zu erledigen, das nur unter äußerster Aufbietung der Kräfte bewältigt werden konnte. Nach dieser Methode verfuhr ich auch bei späteren Freiheitsentziehungen; ich fand sie probat.

Unsere Familien besuchten uns alle drei bis vier Wochen einmal. Wir setzten schließlich durch, daß sie die Gültigkeit der Mafsfahrkarten — drei Tage — ausnuhen durften. Sie wohnten während der Zeit im Dorfe. Jede der Frauen brachte ein Kind mit; Frau Liebknecht ihren Ältesten, der etwas jünger war als meine Tochter. Die Reise war beschwerlich, namentlich in der ungünstigen Jahreszeit. Die Frauen und Kinder mußten schon früh vor 7 Uhr von Hause fort; Geld für eine Droschke auszugeben, hätte jede der Frauen als ein Verbrechen angesehen. Von vormittags $\frac{1}{2}$ 10 bis abends 7 Uhr durften sie in unserer Zelle bleiben, auch den Spaziergang im Garten mitmachen. Das war für uns eine große Erleichterung der Haft.

Ich hatte ein großes Bedürfnis zu körperlicher Arbeit. So kam ich auch auf den Gedanken, wir sollten uns zu diesem Zweck im Garten einige Beete anlegen. Unser Gesuch, uns dazu ein Stückchen Land zu überweisen, wurde abgelehnt, wir könnten aber von dem mehrere Meter breiten Rain, der sich längs der Gartenmauer hinziehe, in Betrieb nehmen, so viel wir wollten. So geschah es. Mit dem nötigen Werkzeug ausgerüstet, gingen wir an die Arbeit. Liebknecht, der damals seine Abhandlung über die Grund- und Bodenfrage schrieb, betrachtete sich als agrarischen Sachverständigen. Er versicherte, wir hätten an dem Rain einen vorzüglichen Humusboden zu bearbeiten. Als wir aber die Spaten in den Boden stießen, antwortete ein Marx und Bein durchdringendes Achzen. Wir stießen bei jedem Spatenstich auf Steine. Liebknecht machte bei diesem Resultat ein langes Gesicht, wir lachten unbändig. Statt aus Humus bestand der Boden aus magerem Lehm, den wir, wie unser Aufseher versicherte, düngen müßten, wenn wir ernten wollten. Liebknecht und ich nahmen also einen großen Korb und zogen nach einem Komposthaufen, der in einer Ecke des Gartens angelegt war. Wer einen solchen Komposthaufen kennt, weiß, daß, wenn man ihn ansticht, ihm Dünste entströmen, die alle Wohlgerüche Indiens und Arabiens nicht überwinden können. Aber wir gingen mit wahrer Todesverachtung ans Werk, und nachdem wir den Korb gefüllt, steckten wir durch die Henkel zwei Stangen und trabten, Liebknecht vorn, ich hinten, nach unserem Beet. Die im Garten arbeitenden Frauen lachten aus vollem Halse, als sie unser Tun sahen. Ich habe damals und später öfter geäußert: Mutete der Staat uns eine solche Arbeit zu,

wir hätten sie mit höchster Empörung zurückgewiesen. Das ist der Unterschied zwischen Zwang und freiem Willen.

Wir hatten unser Beet mit Radiesensamen bestellt und warteten sehnsüchtig auf die Ernte. Der Same ging prachtvoll auf, das Kraut schoß mächtig in die Höhe, aber die ersehnten Radieschen zeigten sich nicht. Jeden Vormittag, sobald wir unseren Spaziergang antraten, veranstalteten wir ein Wettrennen nach dem Radieschenbeet, denn jeder wollte die ersten Früchte ernten. Vergebens. Als wir nun eines Tages kopfschüttelnd um unser Beet standen und tiefsinnige Betrachtungen über die fehlgeschlagene Ernte anstellten, lachte unser Aufseher, der in einiger Entfernung unserer Unterhaltung zugehört hatte, und sagte: „Warum Sie keine Radieschen bekommen, meine Herren, das will ich Ihnen sagen, Sie haben zu fett gedüngt!" Tableau! So war also alle unsere Mühe vergeblich gewesen. (Schluß folgt.)

Die vierte Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht.

Durch die deutsche bürgerliche Frauenstimmrechtsbewegung geht seit Jahren ein Miß zwischen den Frauenrechtlerinnen, die das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen fordern, und den offen oder maskiert reaktionären Damen, die sich mit dem Bürgerrecht für die bestehenden Frauen allein begnügen würden und ihre Selbstsucht mit der Forderung beschönigen möchten: „das Wahlrecht für die Frauen unter den gleichen Bedingungen, wie es die Männer haben". Auf der vierten Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, der vom 5. bis 7. Oktober in Hamburg tagte, hat sich der Miß beträchtlich vertieft, und es war der kleine demokratische Flügel der Frauenrechtlerinnen, der dabei zum Leidtragenden geworden ist. Die Entwicklung des Frauenstimmrechtsverbandes geht der des deutschen Bürgertums entsprechend nach rechts.

Der Kampf zwischen der „Rechten" und der „Linken" entbrannte um den § 3 des Verbandsstatuts. Er befaßt in seinem ersten Absatz, daß der Verband politisch „neutral" ist, in seinem zweiten dagegen, daß er für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht beider Geschlechter eintritt. Das Bekenntnis zum demokratischen Bürgerrecht aller Großjährigen schlägt der politischen Neutralität ins Gesicht, denn es begreift den Kampf gegen alle Parteien in sich, welche Feinde dieses Rechtes sind, oder aber die strikte gewahrte „Neutralität" läßt die Treue gegen das allgemeine Wahlrecht zum Teufel gehen. Das ist widerspruchsvoll und zeigt die verschiedenen Richtungen der bürgerlichen Frauenbewegung und hinter ihnen die verschiedenen sozialen Schichten der Frauen, die durch das Streben nach der politischen Emanzipation des weiblichen Geschlechts in einer Organisation zusammengelittet worden sind.

Die prinzipielle Verpflichtung zum Eintreten für das allgemeine Wahlrecht stand nicht von Anfang an in den Statuten des Verbandes. Sie wurde ihnen erst auf der Generalversammlung zu Frankfurt a. M. eingefügt, und das offensichtlich unter dem Einfluß der unausgesetzten sozialdemokratischen Kritik an dem Verhalten der Frauenstimmrechtsdamen, einer Kritik, deren Berechtigung von den demokratisch gesinnten Elementen empfunden wurde. Die grundsätzliche Proklamierung des allgemeinen Wahlrechtes war jedoch einem Teil der Verbandsmitglieder von Anfang an ein Dorn im Auge, und die Zahl dieser Mißvergnügten wuchs mit der Ausdehnung der Organisation. Wie oft sind die „Radikalen" uns höchst unsanft über den Mund gefahren, wenn wir das feststellten! Sie nahmen ihre Wünsche für die bare Wirklichkeit, aber all ihr Nichtsehenwollen und Ableignen hat den Frontwechsel nach rechts nicht aufhalten können. Das weitere Krebsen mit dem Eintreten des Verbandes für das allgemeine Wahlrecht beider Geschlechter — um Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen einzufangen — dürfte ihnen nach der Hamburger Tagung noch saurer werden als bisher schon.

Der schärfste Vorstoß gegen den unbequemen § 3 kam ausgerechnet aus einem Bande, das sich gern mit seinem „Libera-

lismus“ brüsket. Es war der hessische Landesverein, der beantragte, die Forderung des allgemeinen Wahlrechts für beide Geschlechter durch folgenden Passus zu ersehen: „Der Verband erstrebt volle Staatsbürgerrechte für alle Frauen.“ Das war der reine Kautschuk. Die unveränderte Fassung des § 3 fand zwar einige Fürsprecherinnen, allein sie waren matt — wie Frau Breitscheid, in der Gewissheit, eine verlorene Sache zu verteidigen. Am entschiedensten wendete sich noch Frau Lindemann-Stuttgart gegen den hessischen Antrag. Sie erklärte, daß in Württemberg niemand wagen würde, gegen das allgemeine Wahlrecht zu sprechen. Um zu retten, was bei der un-demokratischen Gesinnung der meisten Delegierten noch zu retten war, stimmte schließlich auch die „Linke“ — Frau Breitscheid inbegriffen — für den Antrag des bayerischen Landesvereins, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nicht mehr für beide Geschlechter zu fordern, sondern nur für die Frauen allein.

Der Mangel jeglicher geschichtlichen Einsicht ließ bei den Debatten über die Statutenänderung das offene Wort sprechen: „Da uns die Sozialdemokratinnen fern bleiben, ihre Parteipolitik und ihren Klassenhaß höher stellen als das Frauenstimmrecht, müssen wir uns mehr an die rechtsstehenden Frauen wenden und unter ihnen zu rekrutieren suchen.“ Freilich dürfte es mit diesem Rekrutieren von rechts her auch noch seinen Haken haben. Es bestehen in Deutschland bereits Frauenstimmrechtsvereine, denen auch die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts noch viel zu „weitgehend und radikal“ ist, die „weises Maßhalten“ predigen, indem sie nur das Frauenwahlrecht überhaupt begehren, das heißt das Damenwahlrecht. Diese gemäßigten Organisationen werden sich auch nach der Statutenänderung dem Verband kaum anschließen. Das würden sie nur tun, wenn die Generalversammlung das allgemeine Wahlrecht ganz über den Haufen gerannt hätte. Aber das wollte und konnte die Tagung für diesmal noch nicht tun. Es muß für den Verband auch Zukunftsaufgaben geben!

Doch die Frauenstimmrechtsdamen haben nicht genug an einem Miß in ihrem Lager. Noch ein zweiter geht hindurch, und zwar zwischen den Verbandsmitgliedern, die politischen Parteien angehören, „Männerparteien“ lautet neuerdings der schöne Ausdruck dafür, und den waschechten Frauenrechtlerinnen, deren Grundfäße nur eine einseitige Vertretung von „Fraueninteressen“ außerhalb aller Parteien zulassen. Die Generalversammlung hatte sich mit dieser Frage zu befassen, die in zwei Referaten nebst anschließender Diskussion behandelt wurde. Es liegt auf der Hand, daß innere verbindende Fäden zwischen der Auffassung in dieser Frage und der Stellungnahme zum Wahlrecht bestehen. Für die Mitarbeit der Frauenrechtlerinnen in den politischen Parteien sprach Frau Breitscheid-Berlin. Sie schickte ihrem Referat angstvoll die Bemerkung voran, daß sie hier nur als Frauenstimmrechtlerin rede. Ein „seiner Takt“ gebührt nach ihr dazu, es fertig zu bringen, daß die parteipolitischen Anschauungen nicht mit der Überzeugung der Frauenstimmrechtskämpferin verquickt werden und in Konflikt kommen. Der Grundgedanke ihres Vortrags war dieser: Durch die Frauenstimmrechtsvereine werden die Frauen überhaupt erst zum Nachdenken über politische Fragen und die Parteien geweckt und haben dann den Parteien beizutreten, und durch die Parteien erlangen sie schließlich das Stimmrecht. Alle Parteien müßten durch die Frauen für das Wahlrecht des weiblichen Geschlechts gewonnen werden, und je eifriger diese mit den Männern zusammenarbeiteten, desto eher kämen sie an ihr Ziel. Täuschen wir uns aber über die politischen Männerparteien — so meinte Frau Breitscheid zum Schluß —, so verlassen wir sie einfach wieder. Auf den ihr später gemachten Einwurf, wie sie es sich vorstelle, daß eventuell die Frauen in corpore aus den „Männerparteien“ austreten könnten, ist sie allerdings die Antwort schuldig geblieben. Der „seiner Takt“, mit dem sie einerseits Frauen aller politischen Parteien an die Frauenstimmrechtsorganisationen zu fesseln gedenkt, andererseits ihren demokratischen Standpunkt verfechten will, der „seiner Takt“, der sie heute in die „Männerparteien“ treibt und morgen vielleicht

wieder austreten läßt: dokumentiert auf das glänzendste die politische Zerfahrenheit der bürgerlichen deutschen Frau. „Vier Seelen wohnen, ach, in meiner Brust“, so variiert sie wahrscheinlich Goethes Faust.

Die Korreferentin, Fräulein Heymann, zog von ihrem Standpunkt engbrüstiger Frauenrechtelei aus mächtig gegen die Mitarbeit der Frauen in den politischen Parteien vom Leder und noch mächtiger gegen die Herren der Schöpfung überhaupt. Sie kennt zwar nur die bürgerlichen Parteien, und die Sozialdemokratie ist ihr ein Buch mit sieben Siegeln geblieben, aber trotzdem ließ sie an keiner Partei ein gutes Haar. Einen Ehrenpunkt gibt es ihrer Meinung nach im parteipolitischen Leben der Männer der ganzen Welt nicht. Das Einigungsprogramm der Fortschrittlichen Volkspartei verulkte sie nach allen Regeln der Kunst, die Männelken Bachnick, Hoff, Payer, Haußmann, vor allen Dingen aber Rosenow hätte kein Sozialdemokrat in ihrem Verhalten zur Frauenfrage besser kritisieren können. „Geht nicht in die Männerparteien!“ rief Fräulein Heymann mit Emphase aus. „Ich kenne sie! Da verkümmern, verderben eure reinen mütterlichen Instinkte, da lernt ihr nur Unedles, Unschönes. Studiert lieber Geschichte, lernt euch konzentrieren. Unsere Arbeit nehmen diese Männer an, unsere Gelder, uns geben sie nichts. Wenn man sie kennen lernt, schwindet ihr Nimbus. Wir müssen uns alles selbst erlämpfen.“ Dann wies sie auf England hin, dort wären die politisch organisierten und tätigen Frauen wie die vornehmen Damen der Primrose League und andere die Schädlinge der Frauenstimmrechtsbewegung. Dann folgten die bekannnten Tiraden gegen die Sozialdemokratie, die das Frauenstimmrecht in Belgien und Osterreich verraten hätte. Für diese Behauptung wurde Fräulein Heymann später von einem Verbandsmitglied gehörig zudeckt, was sie aber — da es ihr schon öfter dafür widerfahren ist — nicht abhalten wird, die ollen Kamellen auch künftig wieder aufzuwärmen. Unter Beifalls- und Mißfallstößen schloß die aufrechte Männerfeindin.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß der „Weltbund für Frauenstimmrecht“, dem der deutsche Verband angehöre, nur das Frauenstimmrecht und keine besondere Art des Wahlrechts fordere, mithin sich abseits von allen „Männerparteien“ in strenger Neutralität und Selbstständigkeit halte. Dieses erhabene Vorbild und die Logik der Beweisführung leuchteten den Damen offensichtlich ein. Frau Voß und Fräulein Dr. Schirmacher besüßworteten die Gründung besonderer politischer Frauenvereine. Die Diskussion endete ohne Beschlusfassung. Vorher hatte noch die rabiate Wallfäre unverfälschten Germanentums mit dem polnischen Namen — man kann nicht vorsichtig genug in der Wahl seiner Vorfahren sein, sogar wenn man Fräulein Wischniewska heißt! — einen tollen Ritt durch die Wolken ihrer Konfusionen und Illusionen unternommen. Die genannte Dame belferte dabei gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen, gegen die sozialistische Frauenbewegung im besonderen. Wie fern sie mit Verständnis und Gefühl den kämpfenden Massen steht, bewies ein Ausspruch, der festgenagelt zu werden verdient: „Bei allen denkenden Individuen steht fest, daß die Politik nicht in der Hasenheide, nicht im Dreptower Park gemacht wird.“ Fräulein Wischniewska, wo ist Ihre Geschichte? Haben Sie das Jahr 1848 so ganz vergessen, wo die „Politik der Hasenheide“ die glorreiche Flucht des glorreichen Prinzen von Preußen brachte? Die Januarnacht des Jahres 1907, wo ein Kaiser und sein Handlanger es nicht verschmähten, „Politik“ für die Straße zu machen? Zur umstrittenen Frage nannte Fräulein Wischniewska alles feige, was nicht in die politischen Parteien ginge, wenn sie auch selbst bezeugen müßte, daß dort „jammervolle Zustände“ herrschen. Das stimmt bis aufs Tüpfelchen über dem i für die Partei der Liberalen, der die Dame dient.

Die übrigen Verhandlungen der Generalversammlung fanden in geschlossenen Delegiertenitzungen statt. Es ging dabei um das Verbandsorgan, die „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“, und die Wahl des neuen Vorstandes. Bittere Kämpfe spielten sich hinter den Kulissen ab, bei denen sich hauptsächlich „Preußen“ und „Süddeutsche“ gegenüberstanden. Was das Verbandsorgan anbetrifft, so soll es von Frau Cauer's „Frauen-

bewegung" losgelöst und zu einem großen selbständigen Blatt ausgestaltet werden. Die „Frauenbewegung“ — so wurde behauptet — ist nicht „neutral“ genug; viele Frauenstimmrechtlerinnen nehmen an ihrem ausgesprochen „parteilichem“ Charakter Anstoß. Daher Trennung des Verbandsorgans von der kompromittierenden Nachbarschaft. Die Redaktion des Frauenstimmrechtsblattes wurde in Fräulein Augspurgs Händen gelassen. Man wählte Fräulein Augspurg und Fräulein Heymann wieder als Vorsitzende; mit ihnen zusammen kamen jedoch Frauenrechtlerinnen in den Vorstand, mit denen die beiden nicht zusammenarbeiten zu können glaubten. Sie legten daher ihr Amt nieder, ebenso die übrigen neugewählten Mitglieder. Der zweite Wahlgang schickte die Damen Stritt, Lindemann, Wischniewska, v. Welczel, Voss, Schirmacher, Vogt in den Vorstand. Ob wohl nach der „Regierungsreise“ Fräulein Augspurg die Redaktion des Verbandsorgans führen wird? —

Die beiden öffentlichen Abendversammlungen der Frauenrechtlerinnen breiteten etwas Glanz über das graue Elend der eigentlichen Tagung. Den Höhepunkt der ersten Versammlung bildete die Rede einer leidhaftigen englischen Suffragette. Die Ausführungen klangen in den Wunsch aus, die deutschen Frauen möchten sich den bösen politischen Parteien fernhalten und kämpfend vorgehen wie die Suffragettes in England. Die Aufforderung fand wenig Zustimmung. Die deutschen Frauenrechtlerinnen preisen zwar die Suffragettes in den höchsten Tönen, aber sie nachahmen? Guter Himmel, welche schändliche Zumutung! „Wir sind doch nicht in England!“ In der zweiten Versammlung rechnete Fräulein Augspurg wegen der Finanzreform, der Reichsversicherungsordnung und insbesondere der Mutterschaftsversicherung mit dem Reichstag ab, und wenn sie es auch von einem bürgerlichen Standpunkt aus tat, so tat sie es doch von diesem aus mit Schärfe und ohne den Liberalismus zu schonen. Rühmend hob sie die Verteidigung der Fraueninteressen durch Bebel und Potthof hervor. Auch Fräulein Schirmacher, die zweite Referentin des Abends, ging mit dem Reichstag scharf ins Gericht. Sie erörterte die Steuerungsfrage, die Reichsgewerbenovelle — diese allerdings in mehr mittelständischer Beleuchtung — und die Strafgesetzsreform, wobei sie sich besonders gegen den § 175 wendete, der in Zukunft auch auf Frauen angewendet werden soll. Beide Referate erwiesen übrigens den lustigen Charakter der frauenrechtlerischen Theorie von der „Neutralität“. Sie waren alles, nur nicht neutral.

Der Verband für Frauenstimmrecht zählt nach dem vorgelegten Bericht in 70 Ortsgruppen etwa 8000 Mitglieder, das sind 3000 mehr als vor zwei Jahren. Der stärkste Verein besteht mit 400 Mitgliedern in Bremen. Beweisen die Zahlen, daß die frauenrechtlerische Organisation keine Macht ist, deren Gegnerschaft die Genossinnen irgendwie zu fürchten hätten, so erweisen die Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung, daß der Verband ebenjowenig ein Bundesgenosse sein kann, der begehrenswert wäre. Der Verfall des Bürgertums wird den Frauenstimmrechtsverband weiter und weiter nach rechts drängen und damit gleichzeitig innerlich immer tiefer zerklüften. In dem großen Mahlen zwischen Rot und Schwarz wird er das Schicksal aller Zwittergebilde teilen: er wird zerrieben werden.

a. n.

Die proletarische Frauenbewegung im Geschäftsjahr 1910/11.

In dem kurzen Sonderabschnitt, den der Vorstandsbericht über die Frauenbewegung an den Parteitag liefert, ist es natürlich nicht möglich, ein umfassendes Bild von dem geistigen Leben und dem praktischen Wirken der weiblichen Parteimitglieder zu geben. Sollte das geschehen, müßte in modifizierter Form sehr vieles wiederholt werden, was in dem allgemeinen Vorstandsbericht gesagt ist. Denn in allen Aktionen der Gesamtpartei steckt natürlich auch immer ein Stück Arbeit ihrer weiblichen Mitglieder. Die gleiche grundsätzliche Auffassung, das gemeinsame Kampfsziel und die einheitliche Organisation für Männer und Frauen der Arbeiterklasse, die in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung sehen, bedingen das. Und unser lebhafter Wunsch ist es, daß diese Arbeitsgemeinschaft

zu einer immer größeren und innigeren werde, zum Nutzen der Frauen und der Gesamtbewegung.

Hier wollen wir nur berichten über die Mittel und Wege, die angewendet wurden, um die Ideen des Sozialismus den proletarischen Frauenmassen nahezubringen, diese für die politische Organisation zu gewinnen und sie zur bewußten Mitarbeit in der Partei zu erziehen. Kurzum, worüber wir berichten, das sind die Maßnahmen, die bezwecken, die sozialistische Frauenbewegung in immer höherem Maße zu einem integrierenden Teil der Allgemeinbewegung zu machen.

Im verflossenen Geschäftsjahr war es zunächst die drückende Lebensmittelteuerung, waren es insbesondere die enorm hohen Fleischpreise, die den Vorstand veranlaßten, eine allgemeine Agitation unter den Frauen anzuregen, die sich zu einer Protestaktion gegen die Zoll- und Liebesgabenpolitik gestaltete. Ein leichtverständliches Flugblatt, mit dessen Herausgabe der Vorstand gleichzeitig einem Parteitagsbeschluss nachkam, leitete die Agitation wirksam ein. Angeregt ward ferner, beim Kampfe gegen die Reichsversicherungsordnung zur besonderen Agitation unter den Frauen die Frage des Mutter- und Säuglingschutzes und die der Witwen- und Waisenversicherung zu behandeln. Die Mächtiglosigkeit und Brutalität, mit der die bürgerlichen Parteien die Interessen der proletarischen Mütter und Kinder bei der parlamentarischen Behandlung dieser Fragen mit Füßen traten, hat eine ungeheure Erbitterung in der proletarischen Frauenwelt erzeugt.

Einem Wunsche der Internationalen Frauenkonferenz zu Kopenhagen folgend, veranstaltete die Partei am 19. März den ersten sozialdemokratischen Frauentag: eine wichtige sozialdemokratische Kundgebung für das Frauenwahlrecht, die eine wirksame Förderung durch die Generalkommission erhielt. Da auch in Österreich, Dänemark und der Schweiz am gleichen Tage eine einheitliche sozialdemokratische Agitation für das Frauenwahlrecht stattfand, ward die Kundgebung zum Ausdruck internationaler Solidarität und wirkte um so anfeuernder und begeisternder. Durch eine Reihe von Artikeln, die vom Frauenbureau monatlang vorher an die Parteipresse und vom Arbeiterinnensekretariat an die Gewerkschaftspresse gesandt wurden, durch die Veröffentlichungen der „Gleichheit“ und durch ein anfeuerndes Flugblatt, das allgemein zur Verbreitung kam, ward der „Frauentag“ sorgfältig vorbereitet. Der durchweg glänzende Verlauf der Veranstaltungen in allen Teilen des Reiches lohnte voll auf die aufgewandte Mühe. Die sozialdemokratische Programmforderung: „Volles Bürgerrecht der Frau“, die bei allen Wahl- und Wahlrechtskämpfen, im Parlament und unter den Massen des Volkes propagiert wird, ward mit dieser Kundgebung in den Mittelpunkt der Agitation gerückt, und die proletarischen Frauenmassen traten als bewußte Trägerinnen dieser Forderung in den Vordergrund. Der Frauentag legte Zeugnis ab von der hohen politischen Reife weiter Kreise proletarischer Frauen, und er ward zu einem wirksamen Mittel der politischen Erweckung und Schulung indifferenter Frauenmassen. Die sozialdemokratische Partei, die durch die Veranstaltung des Frauentags erneut bewies, wie ernst es ihr ist mit dem Kampfe um Frauenrechte, hat durch diese Demonstration nicht unwesentlich an Stärke und Werbefaß zugenommen. Die Zahl der neuen Mitglieder, die der Tag brachte, war nicht klein, und das Vertrauen proletarischer Frauenkreise, das erworben, gestärkt und neu belebt ward, ist noch mehr wert. Die von der Redaktion der „Gleichheit“ herausgegebene Wahlrechtszeitung, die zahlreiche Beiträge von bekannten Genossen und Genossinnen des In- und Auslandes enthielt, wird weiter zur Erkenntnis der Wichtigkeit des Frauenwahlrechts beitragen. In einer einheitlichen Resolution, die allerorts zur Annahme gelangte, ward der Rechtsanspruch der Frau auf volles Bürgerrecht nachgewiesen und die Notwendigkeit seines Besitzes für den politischen Kampf, für die Eroberung der politischen Macht und die Sozialisierung der Gesellschaft dargelegt, gleichzeitig wurden Frauen und Männer zum energischen Kampfe für das Frauenwahlrecht aufgerufen. — Bei dem Verfassungskampfe in Elsaß-Lothringen und dem Wahlrechtskampfe in Preußen ist in den Parlamenten und bei der Agitation grundsätzlich und mit allem Nachdruck auch um das Frauenwahlrecht getritten worden.

Der Kinderschuh, die Beteiligung der Frauen am politischen Kampfe, die geplante Milchverteuerung an verschiedenen Orten und anderes mehr waren Fragen, die als Ausgangspunkt der politischen Agitation unter den Frauen benutzt wurden. Auch sonst haben sich die Frauen an allen Aktionen in steigendem Maße beteiligt.

Im ganzen hat das Frauenbureau für 46 Agitationstouren und für eine große Zahl Einzelversammlungen Referentinnen vermittelt. Zum Frauentag war es unmöglich, alle Wünsche nach

Referentinnen zu erfüllen, es mußte auf die Kräfte am Orte verwiesen werden. Durchweg war der Erfolg der Agitation, auch in organisatorischer Beziehung, ein guter. Eine vom Parteivorstand angeregte Hausagitation unter den Frauen hatte sehr gute Erfolge. Leider haben eine ganze Anzahl von Orten der Anregung nicht Folge gegeben. Dabei ist die Hausagitation und die Einberufung und Abhaltung kleiner Bezirksversammlungen zur Gewinnung neuer Mitglieder ein gutes Arbeitsgebiet auch für solche Genossinnen, die sich für die öffentliche Agitation noch nicht sicher fühlen. Der Erfolg der Agitation zeigt sich in der Zahl der weiblichen Mitglieder. Ihre Zahl stieg von 82642 im Jahre 1910 auf 107 693 im Jahre 1911, die Zunahme beträgt also 25 051.

Der schriftlichen Agitation unter den Frauen widmen sich unsere Parteizeitungen erfreulicherweise in zunehmendem Maße. Genossinnen schreiben, zum Teil auf unsere Anregung, den Zeitungen kleine Beiträge, und das Frauenbureau stellt diesen bei allen wichtigen Anlässen Artikel und Notizen zur Verfügung, wie es auch einen Teil der Kalender mit Beiträgen versieht. Flugblätter wurden bei verschiedenen Anlässen verbreitet. Das Flugblatt zur Agitation gegen den Fleisch- und Lebensmittelwucher ist in 612 000 Exemplaren bezogen und in vielen Bezirken nachgedruckt worden. Ein anderes, welches der Propaganda für den Mutter- und Säuglingsschutz diente, ist in 408 000 Exemplaren zur Verbreitung gelangt, und ein drittes, welches die Witwen- und Waisenversicherung behandelte, in 432 000 Exemplaren. Das Frauenwahlrechtsflugblatt ist in sehr vielen Bezirken nachgedruckt und von der Zentrale in 2 460 000 Exemplaren geliefert worden. Die Wahlrechtszeitung erzielte eine Auflage von 108 000 Stück. Außerdem ist in mehreren Bezirken auch in diesem Jahre wieder das Flugblatt gedruckt und zur Agitation verwendet worden: „An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“. Für die Genossinnen wurde vom Parteivorstand eine Broschüre herausgegeben: „Die Frauen und der politische Kampf“. Die Agitationsbroschüren: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“, die der Agitation unter den Indifferenten dienen soll, und: „Zur Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes“ haben eine gute Verbreitung gefunden. Die Redaktion der „Gleichheit“ hat die Berichte an die internationale Frauenkonferenz in Broschürenform herausgegeben, die viel zur Agitation verwendet werden.

Die Diskussions- und Leseabende bürgern sich erfreulicherweise immer mehr ein; sie bestehen jetzt in 105 Orten. An den meisten Orten leisten sie recht Beachtenswertes zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen. Die kleinen Kataloge empfehlenswerter Schriften, die das Bureau zusammengestellt hat, sind sehr oft gefordert worden. Ein Leitfaden für die Ausgestaltung der Leseabende wurde kürzlich hergestellt. Unter der Leitung des Frauenbureaus ist für die weiblichen Funktionäre Berlins ein Kursus eingerichtet worden, der bezweckt, ihr theoretisches Wissen zu bereichern und zu vertiefen, ihnen Anleitung zu geben zum Aufbau eines Vortrags und sie zu lehren, die nötige Literatur zum Studium einer bestimmten Frage aufzufinden. Die beiden abgeschlossenen Kurse und ein dritter in Rixdorf haben sehr gute Erfolge gezeitigt, dies war nur möglich, weil die Teilnehmerinnen bereits jahrelang die Leseabende besucht, sich ein gutes positives Wissen angeeignet und sozialistisch denken gelernt hatten. — Die Referentinnen nahmen in steigendem Maße das Frauenbureau in Anspruch, wenn sie Material über bestimmte Fragen wünschten. In allen Fällen konnte bisher ihren Wünschen entsprochen werden.

Die Mitarbeit der Genossinnen in den Organisationen ist durchweg gut. In 570 Orten sind Frauen als Vorstandsmitglieder tätig. Leider gibt es eine Anzahl Orte, wo bis heute noch nicht § 4 des Organisationsstatuts (Wahl eines weiblichen Vorstandsmitglieds) durchgeführt worden ist. Die Genossinnen sollten mehr auf die Durchführung dieser Statutenbestimmung dringen. Auch in einer Anzahl von Bezirksleitungen sind noch keine weiblichen Mitglieder. Es ist dringend notwendig, das nachzuholen. Für die Agitation unter den Frauen können und sollen die weiblichen Mitglieder in den Leitungen wichtige Anregungen geben und ihre Erfahrung nutzbar machen. Als wirksam hat es sich erwiesen, die Genossinnen möglichst zu allen Arbeiten in der Organisation und für sie heranzuziehen. Es sollte das überall geschehen. Besonders empfehlenswert für die Gewinnung neuer Mitglieder und neuer Abonnenten ist es, wenn in jeder Propagandaversammlung eine Gruppe von Genossinnen die Aufnahme neuer Mitglieder organisiert, so daß möglichst für jeden Tisch eine Genossin zur Stelle ist, die ausgerüstet mit Bleistift und Aufnahmescheinen, die Eintragungen sofort vornimmt. Frauen lassen sich am liebsten und am leichtesten

von Frauen aufnehmen, und der erzielte Erfolg spornt die Genossinnen zu neuer Tätigkeit an und erhöht ihre Freude an der gemeinsamen Arbeit.

Die Kinderschulkommissionen entfalten in immer höherem Maße eine sehr segensreiche Tätigkeit. An 185 Orten haben wir gegenwärtig solche Kommissionen. An manchen Orten werden von ihnen weit mehr Gesehesübertretungen festgestellt als von der Polizei und der Gewerbeinspektion zusammen. Trotzdem wird ihre Tätigkeit nur in einem Fabrikinspektionsbericht vom Jahre 1909 lobend erwähnt: in dem württembergischen. In den Orten, wo bereits seit mehreren Jahren eine Kinderschulkommission besteht, deren Mitglieder gut eingearbeitet sind, kann der Tätigkeit ein weiteres Ziel gesteckt werden. Im Bericht vom vorigen Jahre wiesen wir bereits darauf hin, daß die Kinderschulkommissionen Hand in Hand arbeiten müßten mit Lehrern und Lehrerinnen, mit den Armen- und Waisenkommisionen, besonders wenn es sich um Kindermisshandlungen und -verwahrlosungen handelt; daß sie mit den Gemeindevertretern, den städtischen Kinderfürsorgeämtern und den weiblichen Polizeiasistentinnen in Verbindung treten müßten. Mehrfach ist das geschehen. In Zukunft wird es notwendig werden, das gewonnene Material propagandistisch zu verwerten, um die gesellige Entwicklung des Kinderschutzes vorwärts zu treiben und um für eine Reihe notwendiger kommunaler Einrichtungen zu agitieren. Der Parteivorstand hat das Frauenbureau beauftragt, in einer Broschüre die bisherigen Ergebnisse der Tätigkeit der Kinderschulkommissionen zu besprechen und einen Ausblick auf ihre weitere Tätigkeit zu geben. Die Arbeit liegt jetzt vor. Sie erörtert die Kindererwerbsarbeit und ihre schädlichen Folgen, die Arbeit als Erziehungsmittel, die Kinderschulgesetzgebung in Deutschland und ihre Ergebnisse, die Kinderschulkommissionen, ihre bisherige Tätigkeit und ihre weiteren Aufgaben. Als Anhang ist das Kinderschulgesetz, die kinderschützenden Bestimmungen der Gewerbeordnung und eine übersichtliche Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen des Kinderschulgesetzes beigegeben. Hoffentlich trägt die kleine Arbeit dazu bei, die weitere Tätigkeit der Kommissionen zu fördern und einem Teil der Arbeiterkinder eine freundlichere Kindheit zu schaffen.

Die Errichtung und die Tätigkeit von Beschwerdekommisionen hat das Frauenbureau auch im Berichtsjahr zu fördern gesucht. Desgleichen sind die tätigen Genossinnen überall bemüht gewesen, auch die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen zu unterstützen. Zahlreiche Frauenversammlungen haben in den verschiedenen Orten zum Kampfe der Bäcker Stellung genommen und sich verpflichtet, sie nach besten Kräften zu unterstützen, indem sie nur Brot nehmen aus Bäckereien, die ihren Arbeitern die gestellten Forderungen bewilligten.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Am 10. Oktober fand in Schiffbek eine öffentliche politische Frauenversammlung statt, an der rund 500 Personen teilnahmen, vor denen Genosse Weinhuber-Hamburg über „Teuerung und Lebensmittelwucher“ sprach. Er bewies den Versammelten, daß die Wucherpreise des Lebensbedarfs durch die Zölle, das Einfuhrverbot von ausländischem Vieh und Fleisch, durch das System der Einfuhrscheine und der indirekten Steuern künstlich verursacht werden, nicht aber durch die Dürre des letzten Sommers. Diese habe die schon bestehende Teuerung nur verschärft. Die Beseitigung der Grenzsperrre und die wenigstens zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Nahrungsmittel jeder Art, wie andere Maßnahmen noch müssen zur Beseitigung der Not verlangt werden. Genosse Weinhuber forderte am Schlusse zum Eintritt in die Partei, die Gewerkschaften und die Konsumvereine auf, sowie zum Lesen der sozialdemokratischen Tagespresse und der „Gleichheit“. Daß die Anwesenden mit seinen Ausführungen einverstanden waren, bezeugte der Beifall, den sie ihnen zollten, und die einstimmige Annahme einer entsprechenden Resolution. Silda Blume.

In einer öffentlichen Frauenversammlung in Wandseeck hielt Genosse Frohms einen Vortrag über: „Die Teuerung und der Lebensmittelwucher.“ Nach dem Referat forderte Genossin Schröder die Teilnehmenden auf, Mitglieder der Genossenschaft „Produktion“ zu werden und bei ihr die Lebensmittel zu kaufen. Sie erinnerte die Frauen, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen und statt der gegnerischen Blätter — dem „Wandseecker Boten“, dem „Generalanzeiger“ — die „Gleichheit“ und das „Hamburger Echo“ zu abonnieren. Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Hoch auf die völkerebefreie Sozialdemokratie schloß die gut besuchte Versammlung, in der eine größere Anzahl Frauen der Partei beitraten. E. Schröder.

Für die Wahlkreise Kassel-Melsungen und Schmalkalden-Eschwege fanden in der Zeit vom 16. September bis 8. Oktober eine Reihe von Versammlungen statt, in denen die Unterzeichnete über das Thema referierte: „Die Frauen und die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Versammlungen wurden abgehalten in Großenritte, Melsungen, Oberzwehren, Niedertzwehren, Harleshausen, Wolfsanger, Niedervellmar, Elbersdorf, Ochshausen, Ihringshausen, Kassel, Heiligenrode, Sandershausen, Grumbach, Guxhagen, Oberkassungen und ferner in Schmalkalden, Varchfeld, Steinbach-Hallenberg, Seligental, Klein-Schmalkalden, Oberdünzobach und Reichenfachsen. Alle waren sehr gut besucht bis auf die in Niedervellmar und Sandershausen. In beiden Orten trugen die Schuld daran persönliche Streitigkeiten, die um so bedauerlicher sind, als es gilt, den Wahlkreis Kassel-Melsungen der Reaktion zu entreißen. In allen Versammlungen herrschte eine Kampfesstimmung, an der man seine helle Freude haben konnte. Überall waren die Frauen sehr zahlreich erschienen, auch dort, wo sie zum ersten Male in eine Versammlung gingen. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die Versammlungen in Elbersdorf und Ihringshausen. In Elbersdorf hatte noch nie eine Frau gesprochen, deshalb herrschte während der ganzen Woche vor der Versammlung große Aufregung im Dorfe. Diesem Umstand war es wohl zuzuschreiben, daß sich viele Frauen einfanden, trotzdem sie noch nie einer Versammlung beigewohnt hatten. Es war eine Lust, sie zu beobachten, wie sie mit gespannten Mienen dem Vortrage lauschten und oft durch einen Zuruf ihren Beifall kundgaben. In Ihringshausen, wo bisher noch keine Organisation bestand, wurde der Grundstein zu einer solchen gelegt. 34 Mitglieder, darunter 10 Frauen, traten ihr bei. Besonders schön verlief die Versammlung in Kassel. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war voll besetzt. Zum letzten Male tagte eine Versammlung in diesem Saale, der den Kasseler Arbeitern vier Jahre als Versammlungsort gedient hat. Der Kapitalgewaltige von Kassel, Fabrikant Henschel, Besitzer einer großen Lokomotivfabrik, hat hinter dem Rücken unserer Genossen das Gewerkschaftshaus in seinen Besitz gebracht, um die Kasseler Arbeiterorganisationen obdachlos zu machen. Seine Hoffnungen werden ihn aber täuschen; die Versammlung ließ erkennen, daß die Kasseler Arbeiterschaft sich durch derartige Machinationen der Gegner nicht beirren läßt, sondern trotz Henschel und anderer Machthabern unentwegt vorwärts schreitet. 62 neue Mitglieder wurden in dieser Versammlung der Partei zugesührt, darunter 37 Frauen. Am Tage nach der Versammlung zu Großenritte hat ein dortiger Bierverleger seinem gepreßten Herzen Luft gemacht. Er äußerte in einer Wirtshaft, daß er „das Mensch“, das „die Freiheit“ befehen hat, sogar die Frauen über die Sünden der Gegner aufzuklären, am liebsten mitamt der Versammlung aus dem Dorfe hinausgeworfen hätte. Unsere Genossen werden dafür sorgen, daß der Mann nicht mehr in nahe Berührung mit Sozialdemokraten kommt. Im Wahlkreise Schmalkalden-Eschwege verlief die Versammlung in Varchfeld besonders lebhaft und anregend. 46 neue Mitglieder, darunter 17 Frauen, wurden in der Versammlung zu Schmalkalden gewonnen. An ihr nahm eine große Anzahl Anhänger der Antisemiten teil, aber keiner dieser Herren wagte es, in der Diskussion das Wort zu ergreifen, wozu der Vorsitzende mehrfach aufforderte. Besondere Erwähnung verdient noch die Versammlung in Steinbach-Hallenberg. Der Ort, der hervorragend schön gelegen ist, macht einen trostlosen Eindruck. Die Kleineisenindustrie herrscht in ihm, fast in jedem Hause befindet sich eine Schmiedewerkstatt, in der Nägel, Zangen, Brennscheren und dergleichen hergestellt werden, zum Teil mit den rückständigsten Produktionsmitteln. Die Händler kommen in den Ort und kaufen die fertigen Produkte auf. Da in Steinbach-Hallenberg die gewerkschaftliche Organisation leider noch kaum Fuß gefaßt hat, so sind die Löhne sehr niedrig. Bei 13 bis 14stündiger täglicher Arbeitszeit gibt es Wochenlöhne von 12 bis 15 Mark. Vereinzelt stehen auch noch Frauen am Amboss und arbeiten ihren Männern in die Hand. Das Glend ist ungeheuer; alle Lebensmittel, auch Butter, Eier, Milch, sind fast ebenso teuer wie in der Stadt. Die einzige Freude ist leider infolge der großen Not für viele Arbeiter der Schnaps. Unter solchen Verhältnissen ist es schwer, Aufklärung zu verbreiten. Aber die Versammlung war trotzdem sehr gut besucht, und besonders erfreulich war es, daß auch hier die Frauen zum ersten Male zahlreich erschienen waren. Viele äußerten den Wunsch, öfter einen Vortrag zu hören. Es ist also Interesse für unsere Bestrebungen vorhanden und damit die Hoffnung, daß es auch in dieser dunklen Gegend einmal hell wird. Im ganzen wurden auf der Tour außer zahlreichen Abonnenten für die Parteipresse 375 Parteimitglieder gewonnen, darunter 193 Frauen. Unser

Wunsch ist, daß diese Neugewonnenen treue Mitglieder der Partei bleiben und freudigen Anteil am Kampfe gegen unsere Unterdrücker nehmen.

Margarete Kaschewski, Berlin.

Die Beteiligung der Düsseldorfer Genossinnen am Wahlkampf ist eine hervorragende gewesen. Sie machte die Lösung wahr: „Wenn wir nicht wählen dürfen, so können wir doch wählen!“, und sie hat unzweifelhaft das Ihrige zum Erfolg der Sozialdemokratie beigetragen. Während der ganzen Dauer des Wahlkampfes nahmen unsere Genossinnen an den Beratungen und Arbeiten der Genossen teil. Samstags und Sonntags galt es, Haus für Haus mit Flugblättern zu belegen. Der angelegte Verbreitungstermin lag für die Frauen zeitlich ungünstig, aber fleißig mitgetan haben sie trotzdem. Hausputzen, Kinderbäder, Kochen usw. wurde so eingerichtet, daß man helfen konnte, wenn man wollte, und der gute Wille war bei den Genossinnen da, wie ihre rege Mitarbeit bewies. Ein speziell für die Frauen geschriebenes Flugblatt „Was geht die Frauen die Reichstagswahl an“ wurde in 60000 Exemplaren von den Genossinnen allein verbreitet. Auch der Mitarbeit einer großen Anzahl von Frauen muß gedacht werden, die wochenlang, Tag für Tag Exemplare des hiesigen Parteiorgans in den Arbeiterwohnungen verteilten. Diese Arbeit, für die es im Gegensatz zu den anderen Leistungen eine Entschädigung gab, war nicht gerade leicht und angenehm, und die weitaus größte Zahl der Trägerinnen hat sie mit Geschick und Pflichttreue verrichtet. Eifrig besuchten die Genossinnen die Versammlungen, noch nie waren so viele Frauen in ihnen regelmäßig anwesend als während des Wahlkampfes. Dadurch wurde selbstredend das Verständnis für das politische Leben und die Bestrebungen der Sozialdemokratie erhöht und eine Begeisterung für unsere Ziele entfacht, die den Erfolg vorbereiten half. Ein starker Glaube an die eigene Kraft, ein fester Wille zur Befreiungstat erfüllte die Genossinnen wie die Genossen. „Der Auftakt zu den allgemeinen Wahlen muß einen starken, guten Klang haben, das wird allenthalben anspornen,“ so hörte man allgemein, und viele, sehr viele proletarische Frauen haben dazu geholfen, daß dem Zentrum kräftig aufgespielt wurde. Auch an den Wahltagen, wo es galt, die letzte Arbeit zu tun, waren nicht bloß einzelne, wenige Genossinnen tätig. Nein, in allen Bezirken halfen Frauen in großer Zahl als Stimmzettelverteilerinnen vor den Wahllokalen, als Listenführerinnen drinnen, als „Schlepperinnen“ usw. Überall, wo Kräfte nötig waren, saßen sie zu. Als die Resultate der Wahlen bekannt wurden, als ein Jubel sondergleichen ausbrach, da durften die Genossinnen mit Stolz sagen, daß der Sieg auch mit ihr Werk war. Das Zentrum endlich besiegt, niedergerungen, welch ein Fortschritt! „Alles das Glend, das uns bedrückt, war in die Schatten der Nacht entrückt.“ Wenigstens für den Augenblick, denn schon im nächsten besannen sich die begeistertsten und beglückten Kämpfer und Kämpferinnen auf die Notwendigkeit, nicht ruhen und rasten zu dürfen. — Bemerkte sei noch, daß auch das Zentrum sich eifrig um die Frauen bemühte. Es plagte sich im Schweiße des Angesichts, um seine Schandtaten — die gerade die Proletarierinnen brutal drücken — in eitel Wohlthaten umzulügen. Zu dem Schwindel kam eine beispiellos gehässige Kampfesweise. Es half alles nichts. Gegen die Wahrheit und die Vernunft kam die schwarze Garde nicht auf, die Massen entschieden sich für die Sozialdemokratie, die so zuverlässig und stark ihre Interessen vertritt. Hoffentlich wird das gute Beispiel von Düsseldorf anfeuernd auf die Genossinnen anderwärts. Wenn die Parteiarbeit überall so freudig und eifrig getan wird wie bei uns, so wird dem Auftakt von Düsseldorf bei den Reichstagswahlen in sehr vielen Wahlkreisen die Siegesfanfare folgen. Die Sozialdemokraten können dann mit Recht singen: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“

L. A.

Politische Rundschau.

Die Regierungen bleiben nach wie vor der Teuerung gegenüber untätig, und nicht wenige Stadtverwaltungen, darunter gerade die der größeren Städte, ahmen sie darin nach. Freilich könnten die Städte auch nicht die bösen Folgen der Politik des Zollwuchers und der Grenzsperrn beseitigen, die das Reich zugunsten der Großgrundbesitzer treibt. Und wenn die preussische Regierung den Städten die Aufgabe zueißt, der Verteuerung des Fleisches durch den Zwischenhandel entgegenzutreten, so ist das nichts als ein Scheinmanöver. Dadurch soll die öffentliche Aufmerksamkeit von der Tatsache abgelenkt werden, daß die Öffnung der Grenzen und wenn auch nur zeitweise Aufhebung der Zölle für ausländisches Vieh und Fleisch, sowie andere Lebensmittel die Verschärfung beheben würde, die der allgemeine Notstand durch die agrarische Politik erfährt. Aber trotzdem ist klar, daß die Stadtverwaltungen doch einiges gegen die Teuerung tun können und

tun müssen. Jedoch die liberalen Mehrheiten in den Stadtparlamenten und -verwaltungen fürchten, die Händler zu schädigen, wenn sie Kartoffeln und Gemüse in großen Mengen billig einkaufen und zum Selbstkostenpreis an die ärmeren Bewohner abgeben. So haben Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit von Berlin die Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt, die den Bezug dieser Lebensmittel durch die Gemeinde forderten. Nur Seefische werden durch die Stadt auf den Markt gebracht. In gleicher Weise wurde noch in verschiedenen Städten eine Linderung der Not verhindert, während in einigen anderen wieder der Beweis für die Durchführbarkeit der sozialdemokratischen Forderungen durch die geführt wird. Wenn sich die liberalen Stadtverwaltungen diesen Forderungen verweigern und ihre Pflichten gegen die Gemeinden mit Füßen treten, so tun sie das, um die Sonderinteressen gewisser Erwerbsstände zu fördern, die ihnen politische Gefolgschaft zu leisten pflegen. Solche Fortschrittler unterscheiden sich im Grunde genommen von Konservativen und Zentrum nur durch ihre Feigheit und Halbheit. In Königsberg haben sie sich allerdings sogar erdreistet, gegen die Aufhebung der drohteuerten Getreideeinfuhrscheine zu stimmen, weil die Königsberger Getreidehändler bei diesem System neben den Junkern verdienen. Genau so wie Konservative und Zentrum weigern sich viele Fortschrittler, Maßnahmen zuzulassen, durch die die Teuerung gemildert würde, weil dadurch der Profit einer Minderheit der Bevölkerung zugunsten der Allgemeinheit geschmälert würde.

Aus der Verlegenheit, in die die Herrschenden durch die Teuerung geraten sind, suchen sie sich dadurch herauszuhelfen, daß sie in der Ordnungspresse die Agitation der Sozialdemokratie gegen den Lebensmittelpreiserhöhung als Aufreizung zu Mord und Brand verschreiben. Dazu müssen ihnen nicht nur die blutigen Zusammenstöße zwischen Volk und Armee am 17. September in Wien dienen, wie bestellt, kam noch ein wahnwitziges, mißglücktes Attentat hinzu, das ein politisch Unzurechnungsfähiger, ein Dalmatiner am 5. Oktober im österreichischen Reichsrat gegen den Justizminister unternahm. Die Sozialdemokratie hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die unsinnige Tat entschieden verurteilt. Es weiß auch jedes politische Kind, daß unsere Partei die Tatil der Attentate verurteilt. Das hindert natürlich die Ordnungspresse Österreichs so wenig wie die des Reiches, die Tat gegen die Sozialdemokratie auszubenten. Sie hebt hervor, daß der überspannte Attentäter bei seiner Tat ausrief: Hoch der Sozialismus!, daß er eine Zeitlang in seiner Heimat Mitglied einer freien Gewerkschaft, des Holzarbeiterverbandes, war. Ferner daß er in Wien den ihm bekannten Angestellten des Verbandes aufgesucht hat und durch seine Vermittlung von einem sozialdemokratischen Abgeordneten eine Eintrittskarte zum Abgeordnetenhaus erhielt. Und endlich, daß er den Schuß abgab, während Viktor Adler über die Teuerung sprach, sowie über die harten Urteile der Wiener Richter gegen die am 17. September Verhafteten. Auch soll nach offiziöser Behauptung Megus sich bei seiner Vernehmung als Sozialdemokrat bekannt und erklärt haben, daß er den Justizminister töten wollte, weil er ihn bei der Rede Adlers lächeln sah. Aus all diesen Umständen schließen die Gegner: die Sozialdemokratie ist der wahre Schuldige bei diesem Attentat. Die Partei soll das Attentat sogar bestellt haben, deuten die Unanständigen unter ihnen an. Der Widsinn ist freilich so lächerlich, daß sich die meisten Blätter doch scheuen, sich ihn zu eigen zu machen. Aber sie behaupten um so energischer, daß die Sozialdemokratie die moralische Verantwortung trage, daß sie durch ihre „Teuerungshege“ den Entschluß zu dem Attentat geweckt habe. Die christlichen Laute in diesem Gezeiter wider uns ertönen dabei aus der Zentrums Presse. Sie hat ganz besondere Angst vor den Wahlen, und das mit Recht. Daher sind ihr alle, auch die niederträchtigsten und schmutzigsten Mittel recht, um den Wählern vor der Sozialdemokratie gruselig zu machen. Indes ist gerade dem Zentrum in diesem Falle leicht das verleumdertische Maul zu stopfen — hat es sich doch selbst in den siebziger Jahren gegen den Vorwurf wahren müssen, daß es die Verantwortung für das Attentat Kullmanns auf Bismarck trage. Hatte doch Kullmann ausdrücklich erklärt, daß er durch das Lesen der Zentrums Presse zu seinem Entschluß gekommen sei, den Kanzler wegen der kirchensindlichen Kulturkampfhege zu töten. Damals haben Zentrumsredner und -blätter sehr schön auseinanderzusetzen gewußt, daß eine Partei keine Schuld daran trage, wenn ihre gesetzliche Agitation von einem einzelnen zum Anlaß einer ungeheuerlichen Tat genommen werde. Keine Partei ist davor gesichert, daß ihre Propaganda als Rechtfertigung von Gewalttätigkeiten von irgend einem Wirtkopf mißverstanden wird, der ihre Lehren nicht erfährt hat, wenn er sich auch durch seine Empfindungen zu ihr hingezogen fühlen mag. — Die Hege hat auch keinen großen Erfolg gehabt, obgleich der österreichische Ministerpräsident Gautsch sie in höchst eigener Person eingeleitet hat, und zwar dadurch, daß er ein ge-

fälschtes Zitat aus einer Adlerschen Rede auszunützen suchte. Die Öffentlichkeit läßt sich weder durch die strupelloseste Sozialistenhege noch durch andere Methoden mehr narren — das müssen die Reaktionen im Reich wie im Ausland immer wieder mit Bedauern sehen. Auch solche Mittel wie der Appell an die mordspatriotischen Gefühle bei der Marokkoaffäre wollen nicht mehr versagen. Die Teuerung ist viel zu drückend, als daß sie über den anderen Anlässen vergessen werden könnte.

Dem Zentrum ist wieder ein arges Malheur passiert. Bekanntlich hat Bebel in Jena das seinerzeit in Bayern abgeschlossene Wahlbündnis des Zentrums mit der Sozialdemokratie vor der Öffentlichkeit festgestellt. Das Zentrum suchte diese peinliche Erinnerung durch die Behauptung zu parieren, es habe bei den Reichstagswahlen 1907 ein von der Sozialdemokratie angebotenes Stichwahlbündnis abgelehnt. Nun war aber der sozialdemokratische Parteivorstand in der Lage, durch die Veröffentlichung der Korrespondenz zu beweisen, daß nicht die Genossen Singer oder Bebel das Bündnis angeboten haben, sondern im Gegenteil der Zentrumsabgeordnete Müller-Gulda. Die Zentrums Presse konnte gegen diese schwarz auf weiß vorliegenden Beweise so wenig ausrichten, daß sie sich schließlich hinter die klägliche Ausrede flüchtete, Müller habe auf eigene Faust gehandelt, die Zentrumswahlleitung — deren geschäftsführendes Organ Müller war! — habe mit der Sache nichts zu tun gehabt. Die Sozialdemokratie hat bei der Sache nichts zu verbergen, denn das Zentrum war damals, zur Zeit des Bülowblocks, das kleinere Übel, für das ein Sozialdemokrat aus rein sachlichen Gründen in der Stichwahl stimmen konnte. Dem Zentrum aber ist die Aufdeckung der Affäre sehr fatal, denn es hat schon seit langem mit scheinheiligem Gesicht der Öffentlichkeit versichert, daß eine bürgerliche Partei aus prinzipiellen Gründen nicht mit dem Umsturz partiiere dürfe.

Übrigens gehen auch die Liberalen nicht viel hoffnungsfreudiger in die Wahlschlacht als die Schwarzen. Herr Bassermann hat es für nötig gehalten, neuerdings in einem programmatischen Wahlartikel für stärkere Heeres- und Flottenrüstungen einzutreten. Offenbar verzweifelt er ganz daran, Stimmung in die nationalliberale Wählerschaft zu bringen, es sei denn mit den abgegriffenen Mitteln einer hurrapatriotischen Hege. Auch diese letzte Säule ist freilich schon geborsten und „wird stürzen über Nacht“. Der Flottenverein agitiert indes schon heftig für schnelleren Flottenausbau, und die Arbeitermassen tun gut, zur energischen Abwehr gegen die neue Flottenvorlage zu rüsten.

Die Verfolgung der freien Jugendbewegung wird von den Behörden mit wildem Eifer betrieben, ohne daß sie das Wachstum aufzuhalten vermöchte. Das letzte Feldensstück auf diesem Gebiet ist ein Erlaß des preussischen Kultministers, der verhindern will, daß die Volksschüler die „Arbeiter-Jugend“ lesen. Da über die häusliche Lektüre der Kinder die Eltern zu bestimmen haben, so ist das ein Schlag ins Wasser, wenn die proletarischen Eltern ihre Pflicht tun, was sehr vonnöten ist.

Der italienisch-türkische Krieg um Tripolis schleppt sich bislang ohne ernsthafte Entscheidung hin. Die Italiener haben nach einem Bombardement die Küstenstädte besetzt — der Ernst beginnt indes erst beim Kampfe im Innern.

Die Wahlen in Schweden haben der Sozialdemokratie 64 Mandate gebracht gegen 85 in der verfloffenen Session. Die Partei hat eine starke Position im Lande gewonnen, so daß die Bürgerlichen den Eintritt von Sozialisten in das kommende liberale Ministerium für bevorstehend ansahen. Die Sozialdemokratie hat indes abgelehnt, sich in diese schiefe Position zu begeben.

Eine Einigungskonferenz sozialistischer Organisationen fand in England statt. Sie beschloß die Gründung einer einheitlichen Britischen Sozialistischen Partei, in der die bisherige Sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Arbeiterpartei und die anderen zersplitterten Organisationen aufgehen sollen. Da aber die Unabhängige Arbeiterpartei nicht als Ganzes, sondern nur durch einzelne lokale Gruppen bei der Konferenz vertreten war, so ist es noch zweifelhaft, ob das Einigungswerk auch wirklich gelingen wird.

In Portugal haben die Monarchisten versucht, Putsch zu machen, jedoch nur mit dem Erfolg, daß sie den Buckel voll kriegten. In China greift die revolutionäre Bewegung siegreich um sich.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Aber die Entwicklung der gegnerischen Gewerkschaften im Jahre 1910 lassen wir diese Angaben folgen. Die christlichen Gewerkschaften hatten Ende 1910 in 22 Verbänden einen Mitgliederstand von 816115. Ihr Zuwachs betrug über 12 Prozent.

Die Einnahmen beliefen sich auf 5,5 Millionen Mark, die Ausgaben auf 4,9 Millionen, das Vermögen bezifferte sich auf 6,1 Millionen Mark. Daß sich die Christlichen trotz dem Gesang von der Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit in steigendem Maße an Lohnkämpfen beteiligen müssen, dafür spricht eine Tatsache. Der relativ höchste Posten ihrer Ausgaben entfällt mit 1,2 Millionen Mark auf die Unterstützung solcher Kämpfe. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine zählten in 2263 Ortsvereinen 122571 Mitglieder gegen 108028 Mitglieder im Vorjahre. Die verhältnismäßig bedeutende Zunahme von über 14000 Organisierten ist auf den korporativen Beitritt des Württembergischen Eisenbahnerverbandes mit rund 8000 Mitgliedern zurückzuführen. Die Einnahmen der Gewerkvereine betragen 2,9 Millionen Mark, die Ausgaben 2,8 Millionen, das Vermögen stellte sich auf rund 2 Millionen Mark. Für Streikunterstützung wurden 340000 Mk. verausgabt. — Die gelben Gewerkschaften berichten von 80000 Mitgliedern in 92 Werkvereinen. Besonders erwähnt sei der Bund der gelben Bäckergehilfen mit 10000 Mitgliedern, die Werkvereine in Berlin und Umgegend mit 26000 und die für Bayern und Rheinland mit je 13000 Mitgliedern. Die vaterländischen Arbeitervereine musterten 33000 Mitglieder. Weit stärker ist die Gefolgschaft der konfessionellen Arbeitervereine. 968 evangelische Organisationen verzeichneten 160000 und 3843 katholische nahezu 600000 Mitglieder. Endlich müssen noch die unabhängigen Vereine mit 711000 Mitgliedern erwähnt werden, von denen der Verband der Eisenbahnervereine mit 450000 Mitgliedern der größte ist. Spielen schon die christlichen und besonders die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften im Ringen für den Aufstieg der ausgebeuteten Massen eine untergeordnete Rolle, so sind alle anderen Organisationen dafür erst recht bedeutungslos. Manche von ihnen kümmern sich überhaupt nicht um die Verbesserung der Lebenslage ihrer Mitglieder und leisten dem Unternehmertum nur Schildknappendienste, andere sind der ödesten Vereinsjamperei verfallen, und die Interessensvertretung der Berufsgenossen ist ihnen nichts als Ausschmückung. Es sind denn auch mehr und mehr die freien Gewerkschaften, die jene Arbeiter und Arbeiterinnen erziehen, denen es ernstlich darum zu tun ist, sich auf der Grundlage besserer Arbeits- und Lebensbedingungen kulturell emporzuheben. Ihre verbende Kraft wird schon durch den Prozentsatz ersichtlich, den nach der Reichsstatistik ihre Mitglieder zu der Zahl der Organisierten in allen gewerkschaftlichen Vereinigungen stellen. Von diesen waren nämlich über 60 Prozent in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossen. So lassen schon die Zahlenbilder erkennen, daß die freien Gewerkschaften im Vordertreffen der wirtschaftlichen Kämpfe für das Recht der Arbeiterschaft auf eine menschenwürdige Existenz stehen. Wo ihre Banner wehen, da werden die Interessen der Ausgebeuteten mit Treue und Kraft, aber auch mit Einsicht und Begeisterung gegen die ausbeutende Kapitalgewalt vertreten.

Die Lohnbewegung im Steindruckergewerbe gewinnt an Ausdehnung. In Leipzig stehen über 1000 Lithographen und Steindrucker im Ausstand. Da es in der Kündigungszeit zu keiner Einigung kam, so haben in einer Reihe anderer Städte noch etwa 1500 Lithographen und Steindrucker dieselben Forderungen gestellt wie ihre Berufsgenossen in Leipzig. Die Unternehmer kündigten daraufhin weiteren 2000 Arbeitern. Das Hilfspersonal wird nun ebenfalls in den Kampf hineingezogen. In Leipzig wird in der Folge ein interessanter Tarifkonflikt zur gerichtlichen Entscheidung kommen. Der Steindruckerhilfsarbeiterverband schloß seinerzeit mit den Unternehmern einen Tarifvertrag, der bis Ende dieses Jahres Gültigkeit hat. Als die Lithographen und Steindrucker ihre Kündigungen einreichten, schritten die Unternehmer zu Massenkündigungen der Hilfsarbeiter, obwohl diese beschlossen hatten, in dem ausgebrochenen Kampfe Neutralität zu bewahren. Einer Anrufung der Tarifinstanzen, dieses Vorgehen betreffend, wichen die Herren aus. Da somit ihrerseits ein offenkundiger Tarifbruch vorlag, hielten sich die Hilfsarbeiter ebenfalls nicht mehr an den Vertrag gebunden, beschloßen seine Aufhebung und reichten Forderungen ein. Einige Unternehmer haben nun beim Landgericht Klage auf Wiederherstellung des Tarifvertrags erhoben.

Bei der Tarifrevision im Buchdruckergewerbe, die jetzt nach fünf Jahren fällig war, drohte ein ernsthafter Konflikt auszubrechen. In dreizehntägiger Verhandlung kam es aber doch schließlich zu einem friedlichen Abschluß. Die Löhne der Gehilfen wurden um durchschnittlich 10 Prozent aufgebessert, wozu noch in vielen Orten eine Erhöhung der Lokalzuschläge um 2½ Prozent kommt. Der geforderten Verkürzung der Arbeitszeit setzten die Unternehmer den heftigsten Widerstand entgegen, so daß sich die Gehilfenvertreter schließlich mit einer Herabsetzung der Arbeitszeit von 53½ auf 48 Stunden in der Woche bescheiden mußten. In Anbetracht der

Preiserhöhung des Lebensbedarfs dünkte ihnen die Lohnerhöhung das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen.

Zu der angekündigten Aussperrung in der westfälischen Tabakindustrie nahm eine Konferenz der Zahlstellenverwaltungen und Vertreter der Zentralvorstände des Tabakarbeiterverbandes und des Zigarrenfortriererverbandes Stellung. Die Konferenz beauftragte ihre Vertreter, zur Beilegung der Differenzen Unterhandlungen mit dem Vorstand des Westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes anzubahnen. Sollte keine Einigung zustande kommen, so erwartet die Konferenz, daß alle organisierten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen einmütig in den Ausstand treten.

Der Kampf in einigen Berliner Geschäftsbüchereifabriken war nur von kurzer Dauer: die bestrittenen Unternehmer bewilligten die schon in den anderen Fabriken anerkannten Forderungen. In der Chemnitzer Kartonnageindustrie sind 247 Arbeiterinnen und 100 Arbeiter ausständig. Naturgemäß beteiligen sich die Arbeiterinnen stark am Streikpostenstehen. Wenn sie dieser ihrer Ehrenpflicht genügen, so werden sie von den Polizeibeamten mit den gemeinsten Beschimpfungen belegt. Ein Beweis dafür, daß diese „Stützen der Ordnung“ nicht umsonst ihr Gehalt aus der Tasche der Steuerzahler erhalten.

In der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Waffelindustrie in Dresden wird es wahrscheinlich zum Ausstand kommen. Auf die eingereichten Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen haben von 58 in Betracht kommenden Firmen nur 7 geantwortet, und diese auch noch ablehnend. Die Weltfirma Hartwig & Vogel will den Arbeitern 2 Pf. und den Arbeiterinnen 1 Pf. Lohnerhöhung zubilligen. Zur Abschließung eines Tarifvertrags will sie sich überhaupt nicht verstehen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben diese Zulagen als zu wenig abgelehnt und vorerst das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Eine Verständigung ist jedoch sehr unwahrscheinlich.

Bei einem Streik der Brauereiarbeiter in Bremen, an dem etwa 800 Personen beteiligt sind, liefern die arbeitswilligen Hinzebrüder wieder förmliche Schlachten. Sie lassen Revolver, Messer, Gummiknüppel spielen, die wahrscheinlich von der Brauerei selbst geliefert worden sind. Mehrere Personen erhielten Messerschnitte, jemand wurde durch einen Schuß in den Rücken verwundet. Die Polizei mußte schließlich gegen die staatsverhaltenden Elemente einschreiten, einige von ihnen wurden gefesselt und in Polizeigewahrsam gebracht. Eine Anzahl Schwerverletzter mußte nach dem Krankenhaus geschafft werden, die weniger schwer Verletzten wurden wahrscheinlich nicht nach dort überführt, sondern zurückgehalten, um im Interesse der ordnungstiftenden Knüppelgarde die Schlacht nicht zu bedenklich erscheinen zu lassen.

Ein draconisches Urteil wird wieder einmal aus Sachsen gemeldet. Der Ausgangspunkt für die Arbeit der Klassenjustiz war der Bergarbeiterstreik in der Oberlausitz. Ein streikender Bergarbeiter sollte einen arbeitswilligen belästigt haben. Der „Attenäter“ wurde dafür zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Spruch war auf Grund der Zeugenaussagen gefällt worden. Empört darüber vergriff sich der Angeklagte nach dem Gerichtstermin an dem Gendarmen, der als Zeuge aufgetreten war und dessen Aussage natürlich schwer gewogen hatte. Gefährlich waren die Schläge sicher nicht, die der Arbeiter dem Gendarmen applizierte, denn dieser lief am anderen Tage schon wieder munter in der Straße herum. Aber der Mann trägt eine Uniform. Deshalb mußte die unbesonnene Tat besonders gerochen werden. Die Strafkammer in Bautzen verurteilte den Bergarbeiter zu zwei Jahren zwei Monaten Gefängnis! Wie konnte der Unglückliche auch vergessen, was er der „Obrigkeit“ schuldig war, die von Gott eingeseht ist und das Schwert nicht umsonst zu Ruh und Frommen der herrschenden Minderheit trägt. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Die Unternehmer der Lausitzer Tuchbranche haben bekanntlich seinerzeit beschlossen, ab 1. Oktober 1911 den Zehnstundentag auch für männliche Arbeiter einzuführen. Bei der großen Anzahl weiblicher Arbeitskräfte, für welche der Zehnstundentag gesetzlich vorgeschrieben ist, war auf die Dauer die ungleiche Beschäftigungszeit der Geschlechter unmöglich. Einheitliche Arbeitszeit lag im Interesse der Unternehmer. Statt nun aber einfach diese einheitliche Arbeitszeit ohne sonstige Änderungen der bestehenden Arbeitsbedingungen einzuführen, versuchten die Herren, andere den Arbeitern günstige Einrichtungen zu beseitigen. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit soll die Waschzeit abgeschafft werden. In der ganzen deutschen Tuchindustrie war es bisher üblich, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter sich mittags und abends etwa zehn Minuten vor Arbeitschluß waschen und umkleiden konnten. Soweit es sich dabei um Akkordarbeiter oder -arbeiterinnen handelt, konnte das geschehen, ohne daß die Maschinen

zum Stillstand kamen. Wenn dann das Zeichen zum Schluß der Arbeit gegeben wurde, durften die Beschäftigten die Fabrik sogleich verlassen. Diese Zeit zum Waschen vor Arbeitsluß soll den Arbeitern jetzt genommen werden. Das bedeutet für die Arbeiterinnen eine Verlängerung der Arbeitszeit, denn niemand kann diesen zumuten, mit den schmutzigen Händen des Mittags zu essen und mit den schmutzigen Arbeitskleidern auf dem Leibe nach Hause zu gehen. Die Wolle wird bekanntlich vor der Verarbeitung gefettet und gefärbt. In Luckenwalde mutet man den Arbeiterinnen sogar eine direkte Verlängerung der Arbeitszeit zu. Dort bestand für sie bis jetzt der 9¹/₂stündige Arbeitstag, jetzt sollen sie 10 Stunden schaffen. Daß eine derartige „Einführung des Zehnstundentags“ die Arbeiter erbittert, ist selbstverständlich, und nur der jetzt ganz außerordentlich schlechte Geschäftszugang verhindert weiteres. Es kommen aber wieder bessere Zeiten, und dauernd werden die Arbeiter diese Verschlechterung einfach nicht ertragen. — Den Antrag auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstags haben auch die Grimmitzauer Textilarbeiter wieder an die Unternehmer gestellt. Sie haben gleichzeitig mit diesem Antrag den Wunsch nach Regulierung und Aufbesserung der Löhne ausgesprochen. Die Unternehmer haben am 10. Oktober mit einem Anschlag in den Fabriken geantwortet, in welchem sie Erhebungen über „die Arbeits- und Lohnverhältnisse in Grimmitzau und Umgebung und den wichtigsten Konkurrenzorten“ ankündigen: „Sobald sie abgeschlossen sind, werden wir bekannt geben, ob wir in der Lage sind, dem an uns gestellten Ersuchen zu entsprechen.“ So heißt es im Anschlag. Die „Erhebungen“ der Grimmitzauer Fabrikanten hatten bis jetzt für die Arbeiter immer negative Resultate. — Einen neuen Tarifvertrag hat der Deutsche Textilarbeiterverband mit der Vereinigung der Garnfärbereien und Appreturen für Glauchau, Meerane und Umgegend abgeschlossen. In den Garnfärbereien bekamen die Arbeiter ab 1. Oktober 2 Pf. und ab 1. April des nächsten Jahres einen weiteren Pfennig Lohnzulage pro Stunde. In den Appreturen wird die Lohnzulage der Arbeiter pro Stunde ab 1. Januar 1912 2 Pf. und ab 1. April einen weiteren Pfennig betragen. Arbeiterinnen erhalten in den Garnfärbereien ab 1. Oktober 1 Pf. und in der Appretur ab 1. Januar nächsten Jahres 1 Pf. pro Stunde mehr. Der Mindeststundenlohn ist für Appreteure auf 34 bzw. 36 Pf. festgelegt worden. Für Wäscher und sonstige Appreturarbeiter beträgt er 30¹/₂ Pf., für Arbeiter in Strangfärbereien 32, für Seidenfärbearbeiter 30 und 32 und für Arbeiterinnen in allen Betrieben 17¹/₂ Pf. — Die Posamentiererbewegung nimmt einen glücklichen Fortgang. Seit der großen Niederlage der Berliner Posamentierer im Jahre 1906 lag sie überall sehr danieder. Die Niederlage übte einen lähmenden Einfluß aus, und auch der Geschäftszugang ließ immer sehr viel zu wünschen übrig. In diesem Jahre ist in der Posamentenbranche Hochkonjunktur. Die Arbeiter sind in Lohnbewegungen eingetreten und haben bisher ansehnliche Erfolge erzielt. In Berlin und Hamburg kam es zum Abschluß von Tarifverträgen. Nennenswerte Lohnerhöhungen wurden erzielt. In Kiel stehen die Arbeiter noch im Streit, in Chemnitz haben sie Forderungen eingereicht. Jetzt sind auch die Erzgebirger in Annaberg, Buchholz usw. in Bewegung gekommen. Im Erzgebirge sitzt die Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche. Von 36258 im Jahre 1907 in Deutschland beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen der Posamentenindustrie kamen auf das Königreich Sachsen 15813. Es wird gefordert 57stündige Arbeitszeit pro Woche, 15prozentige Lohnerhöhung für Akkordarbeiter und für in Stundenlohn Beschäftigte eine Erhöhung um 5 Pf. Der Minimallohn soll 40 bzw. 35 Pf. pro Stunde betragen. In zahlreichen stark besuchten Versammlungen haben die Arbeiter ihren Willen bekundet. Bis jetzt sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben sehr verschieden. Eine über die Arbeitszeit aufgenommene Statistik ergab folgendes Bild: In 7 von 36 befragten Betrieben wurde 54 bis 57¹/₂ Stunden pro Woche gearbeitet, 14 hatten 58 bis 60; 11 hatten 60 bis 64 und 5 hatten 64 bis 70 Stunden wöchentliche Arbeitszeit. Die Stundenlöhne schwankten von 16 bis 40 Pf. Leider stehen die Arbeiterinnen der Posamentenbranche der Organisation zum großen Teil noch fern. Es wurden 1907 in Sachsen 10050 beschäftigt. Eine Mahnung das an die Genossinnen, die jetzige Situation zur fleißigen Agitation für die gewerkschaftliche Organisation dieser Lohnslavinnen zu nähern. h. j.

Genossenschaftliche Rundschau.

Der Verband deutscher Beamtenvereine hat vor einiger Zeit in Dresden getagt und unter anderem auch Stellung zur Konsumvereinsfrage genommen. Freilich handelte es sich

nicht um die als sozialdemokratisch verschrienen Organisationen, sondern um Beamtenkonsumvereine, worüber ein leidhafter Geheimrat K Lew i s - Berlin referierte. Der Herr trat sehr lebhaft für das Recht der Beamten ein, sich konsumgenossenschaftlich zu organisieren, indem er betonte, daß „die Beamten nicht aus Abermut, Leichtsinne oder Gehässigkeit gegen den Kleinhandel zur Organisation des Konsums übergegangen“ seien. Ganz recht! Das selbe trifft aber auch in noch stärkerem Maße bei den Arbeitern zu, die schlechter entlohnt werden wie die Beamten und auch eine viel unsicherere Existenz haben. Die besonderen Beamtenkonsumvereine bedeuten übrigens eine ganz unnötige und der Sache nicht dienende Zersplitterung der Konsumvereinsbewegung, an der die unteren Beamten ganz gewiß kein Interesse haben können. Die Herren Geheimräte usw. werden freilich nichts von den Konsumvereinen der Proleten wissen wollen. Die Tagung nahm schließlich eine Resolution an, in der es heißt: „Der Verbandstag verwirft grundsätzlich jede gesetzliche oder Verwaltungsvorschrift, welche darauf abzielt, den Beamten auf dem Gebiet ihrer Hauswirtschaft, insbesondere hinsichtlich des Einkaufs von Waren von Konsumvereinen größere Beschränkungen aufzuerlegen als den anderen Staatsbürgern. Der Verbandstag erklärt es für eine staatsbürgerliche Pflicht des Beamtenstandes, bei seinen Bestrebungen, die wirtschaftliche Lage der Beamten zu ordnen und zu bessern, zu verharren. Der Verband hat zu den deutschen Regierungen und zu den deutschen Volksvertretungen das Vertrauen, daß sie allen Versuchen, die Beamten in ihren staatsbürgerlichen Rechten, insbesondere in ihrer Selbstständigkeit weiter zu beschränken, als es das Gemeinwohl zwingend verlangt, nachdrücklich entgegenzutreten werden.“ — Dieses Vertrauen in die Behörden mutet angesichts des Vorgehens der preussischen Eisenbahnverwaltungen gegen Konsumvereine etwas seltsam an. Oder ist es den Herren Beamten recht, wenn arme Eisenbahner aus den Konsumvereinen hinausgemahregelt werden, wenn nur sie, die Beamten, ungeschoren bleiben?

Ende September wurde in München der dritte internationale Mittelstandstag abgehalten, auf dem ein hoher belgischer Ministerialbeamter über den „Mittelstand im Verhältnis zu Warenhäusern und Konsumvereinen“ referiert hat. Nach den Berichten in bürgerlichen Zeitungen etwas vorsichtiger und sachlicher, als man es sonst von der Seite über dieses Thema gewöhnt ist. Kurios genug müssen freilich seine Ausführungen trotzdem gewesen sein, wenn er zum Beispiel von „künstlichen Rechtschöpfungen“ gegenüber den Genossenschaften gesprochen hat, auf der anderen Seite aber glatt zugab, daß die Erscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung Ergebnisse der immer mehr um sich greifenden Konzentration sind. Was in der Entwicklung liegt, als ihre Folge sich ergibt, kann natürlich nicht eine „künstliche Rechtschöpfung“ genannt werden. Wenn der Referent jedoch dem in Betracht kommenden Mittelstand die Nachahmung der Technik und Organisation der Konsumvereine und Warenhäuser empfahl, so läßt sich das hören. Es klingt vernünftiger als das Geschrei nach Erdbrodelungssteuern und Ausnahmegeetzen gegen die Konsumvereine, wie man es bei den deutschen Mittelstandskämpfen besonders gewöhnt ist.

Vor kurzem brachte die Statistische Korrespondenz einige Angaben über das deutsche Genossenschaftswesen, die mit dem Jahre 1909 abschließen. Das soeben erschienene Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ergänzt diese Mitteilungen, indem es nach den neuesten Ziffern die Weiterentwicklung der Genossenschaftsbewegung schildert. Danach gab es im Anfang dieses Jahres 30555 Genossenschaften, ein Mehr von 1058 gegen das Vorjahr, mit 4¹/₂ Millionen Mitgliedern. In erster Reihe stehen die 17493 Kreditgenossenschaften, ihnen folgen 3745 landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften, 2311 Konsumvereine, 2064 landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften und 1056 Baugenossenschaften, während die gewerblichen Genossenschaften mit 394 Rohstoff-, 128 Magazin-, 415 Produktiv- und 766 Werkgenossenschaften weit zurückstehen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften spiegelt sich wider in einem Gesamtumsatz von 22¹/₂ Milliarden Mark bei einem eigenen Vermögen von rund 640 Millionen Mark und 4172 Millionen Mark fremder Gelder. Der Gastart nach bekennen sich 19639 Genossenschaften zur unbefchränkten, 10751 zur beschränkten Gastpflicht und 165 zur unbefchränkten Nachschußpflicht. Die erstgenannte Gastart (64,3 Prozent) hat verhältnismäßig gegen die Vorjahre (1909 65 Prozent) etwas abgenommen. Grund hierfür mag das wirtschaftliche Erstarken der Genossenschaften durch Ansammlung eigenen Vermögens sein. Sehr interessante Aufschlüsse geben die Besteuerungstabellen, welche hier zum erstenmal veröffentlicht werden. Danach zahlen die Kreditgenossenschaften vom Reingewinn durchschnittlich an Gesamtssteuern in Preußen 3,5 Prozent, Bayern 11,6 Prozent, Sachsen

6 Prozent, Württemberg 9,5 Prozent, Baden 11,7 Prozent usw. Für die Konsumvereine lauten jene Zahlen in Preußen 18,3 Prozent, Bayern 14 Prozent, Sachsen 7 Prozent, Württemberg 20 Prozent, Baden 8 Prozent usw. Dieser in den verschiedenen bundesstaatlichen Steuergesetzen begründete starke Unterschied findet sich ähnlich bei den preussischen Baugenossenschaften wieder, deren Steuerlast zwischen 0,5 und 25,5 Prozent des Reingewinnes schwankt. Hier ist die Ursache wohl hauptsächlich in der Verschiedenheit der Gemeindegrundsteuer zu suchen. Daß diese teilweise recht beträchtliche Steuerlast besonders für die Konsumvereine noch größer zu werden droht, zeigen zahlreiche neue Steuergesetze und Entwürfe, die im Jahrbuch ebenso behandelt sind wie die übrige Gesetzgebung des Reichsgebietes, soweit sie die Genossenschaften betrifft.

Die Arbeitergenossenschaftsbewegung in Holland steht unter sozialdemokratischer Führung auf dem Standpunkt, daß die Solidarität der Genossenschaftsbewegung mit der Arbeiterbewegung ihren Ausdruck finden müsse in der Abgabe eines Teils des Reingewinns an die politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter. Seit einigen Jahren schon, besonders aber seit dem Kopenhagener Kongress, macht sich eine Strömung bemerkbar — sie wird auch von hervorragenden sozialdemokratischen Genossenschaftlern vertreten —, in der man sich bemüht, wie in Deutschland und England die Genossenschaftsbewegung als eine Bewegung für sich zur Entwicklung zu bringen. Vor einiger Zeit hat in Amsterdam eine Versammlung der Vorstände aller genossenschaftlichen Vereine stattgefunden, die sich mit der Arbeiterbewegung eins fühlen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, auf dem bis jetzt eingenommenen Standpunkt zu beharren und auch künftighin einen gewissen Teil des Reingewinns, zirkla 10 bis 20 Prozent, an die Arbeiterorganisationen abzuführen. Infolge dieses Beschlusses haben vier Vorstandsmitglieder und der Redakteur des Verbandsorgans des Genossenschaftsbundes ihre Mandate niedergelegt.

Der schweizerische Gewerkschaftskongress, der Ende September in St. Gallen abgehalten wurde, verhandelte auch über „Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften“. Der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Schneberger, referierte darüber. Er führte nach einem Bericht im „Vorwärts“ unter anderem aus: Die schweizerische Sozialdemokratie siehe gegenüber den Konsumvereinen auf demselben Standpunkt, den die deutsche Sozialdemokratie einnehme. Er trat auch der einseitigen Überschätzung der Konsumgenossenschaften für die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter entgegen. Für das Gedeihen der Genossenschaften sind die Arbeiter und ihre Gewerkschaften die Hauptstützen. Zur Gewerkschaft und Genossenschaft muß aber die Partei hinzukommen, die Politik. Von den Genossenschaftsangehörigen forderte er, daß sie sich unseren Gewerkschaften anschließen und hervorragend mitwirken an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Privatbetrieben, wovon auch der Fortschritt der Verhältnisse in den Genossenschaften abhängig ist. In der Diskussion wurden die von bürgerlichen Arbeiterseinden neuerdings unternommenen Versuche zur Gründung einer sogenannten „neutralen“ Organisation der Konsumangestellten scharf verurteilt; es müsse namentlich Sache der lokalen Arbeiterunions sein, sie zu vereiteln. Schließlich wurde der Entwurf zu einem Abkommen angenommen. H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Die „unfittlichen“ Dienstboten? „Eine große Gefahr droht den Kindern der höheren Stände in der Unfittlichkeit der Dienstboten“, so lese ich in einem bürgerlichen Blatte. Die Unfittlichkeit der Dienstboten! Ich kann nicht umhin, mir die Frage vorzulegen: Haft du, als du noch Dienstmädchen warst, die jungen Seelen der dir anvertrauten Kleinen je gefährdet? Haben sie Schaden genommen durch dich? Die Kleinen, die an mir hingen wie an einer Mutter, weil ihre Mama vor lauter Toilettesorgen wenig Zeit hatte, sich mit ihnen zu beschäftigen! Nein. Von dem Vorwurf, die Kinder gefährdet zu haben, spreche ich mich frei. Doch, weil ich nun einmal am Grubeln bin, denke ich weiter, und es wird in meinem Geiste eine andere Frage lebendig: Wer gefährdet oft schwer die Sittlichkeit der jungen Dienstboten?

Und da sehe ich mich wieder als vierzehnjähriges verwaistes Kind auf dem Bahnhof stehen, ein Bündelchen in der Hand, das meine ganze Habe barg. Mit ganzen 20 Pf. Fahrgehalt nach H., einem Gebetbuch und Gottes Segen schickte man mich hinaus ins Leben. Für 16 Taler Lohn im Jahre war ich von der Stadtbehörde meines Heimatortes an den Reisbrietenden als Dienstmagd vermietet worden. Mein Dienstherr, ein stattlicher Mann in den fünfziger Jahren, reichte mir bei meiner Ankunft wohlwollend die Hand:

„Na, da bist du ja! Wenn du recht fleißig und ehrlich bist, will ich dir nicht nur ein freundlicher Dienstherr, sondern ein guter Vater sein.“ So hatte seit Jahren niemand zu mir gesprochen. Ich hätte dem Mann die Hände küssen mögen. Er, der hochangesehene Herr, wollte mir ein Vater sein! ... Ja, das war, als ich 14 Jahre alt war. Als ich noch nicht volle 16 Lenze zählte, stand mein Dienstherr lästern vor meiner Kammertür. Er, der mir hatte ein Vater sein wollen! Ich suchte mit Einwilligung meiner Heimatbehörde so schnell wie möglich eine andere Stellung, und als ich ging, besaf der Mann den Mut, einem gerade anwesenden Herrn salbungsvoll zu erklären: „In Kinderschuhen habe ich sie gekriegt, in Kinderschuhen lasse ich sie ziehen.“ Sein Verdienst war es wahrhaftig nicht.

Ich kam nun zu einem jungen Ehepaar, der Mann war Rechtsanwalt. Das Schlafzimmer, das ich mit der Köchin teilen mußte, lag hinter der Küche und diente nebenbei zur Aufbewahrung schmutziger Wäsche. Der Weg zum Klosett ging durch unseren Schlafräum. Die Tür dazu durfte deshalb nicht verschlossen werden; der Herr Rechtsanwalt pflegte nämlich jeden Abend, wenn er aus dem Klub nach Hause kam, noch einmal den Abort aufzusuchen. Für ein junges Mädchen ist es gerade kein beruhigendes Gefühl, zu wissen, daß jede Nacht ein Mann durchs Schlafzimmer geht. Von der unhygienischen und ekelhaften Seite der Nachbarschaft des Klosetts will ich nicht erst reden, Wasserlosetts gab es damals noch nicht in jedem Hause. Doch zurück zur Hauptsache. Durch einen Lichtschein geweckt und geblendet, öffne ich eines Nachts die Augen und erblicke einen sehr angeheiterten königlich preussischen Leutnant mit einer Kerze in der Hand vor meinem Bette. Der Herr Rechtsanwalt steht dabei und will vor Lachen bersten. Sobald es möglich war, lehrte ich dem „gastfreundlichen“ Hause den Rücken und zog auf gut Glück in die Familie eines reichen Fabrikanten. Ich kam vom Regen in die Traufe. Mann und Frau führten eine ganz konventionelle Ehe, die nur unter dem Drucke äußerer Umstände zusammenhielt. Als die heiße Zeit nahte, suchte die Gnädige in einem Seebad Kühlung. Die beiden jüngsten Kinder und den Strohwitwer überließ sie meiner Obhut. Mir ahnte nichts Gutes, und meine Befürchtungen trafen ein. Im Weisheit seiner Kinder machte mir der Herr schamlose „Liebeserklärungen“. Als alle Versprechungen ihn nicht zum Ziele brachten, wollte er Gewalt brauchen, als er mich eines Tages allein zu Hause antraf. Mit knapper Not entkam ich ihm und hatte für alle Zeit genug von der vielgepriesenen Sittlichkeit der „besseren Leute“. Mein Brot verdiente ich mir von da an als Fabrikarbeiterin. Anna Mosegaard.

Frauenstimmrecht.

Die Stellung der elsaf-lothringischen demokratischen Partei zum Frauenwahlrecht kennzeichnet sich durch jene Schwächlichkeit, die der bürgerlichen Demokratie Deutschlands eigentümlich ist. Das Programm dieser Partei, das am 17. September d. J. von der Landeskonferenz zu Kolmar beschlossen wurde, fordert unter 10. zur Frauenfrage: „Abschaffung aller Geseze, die die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen. Politische Zuziehung der Frauen mit dem Ziel der Gewährung des Frauenstimmrechts.“ Das ist reichlich bescheiden und widerspruchsvoll. Wenn alle öffentlichen Geseze abgeschafft werden sollen, die die Frauen „gegenüber dem Manne benachteiligen“, so müssen alle Bestimmungen fallen, welche das Wahlrecht auf das männliche Geschlecht beschränken. Mit anderen Worten: das Wahlrecht für das weibliche Geschlecht muß gefordert werden. Statt aber klipp und klar diese Forderung zu formulieren, begnügt sich das Programm damit, einen wenig verpflichtenden Zukunftswechsel auf unbestimmten Termin auszustellen. „Politische Zuziehung der Frauen mit dem Ziel der Gewährung des Frauenstimmrechts.“ Warum heißt es nicht einfach und unmißverständlich: Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts zu allen gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften? Offenbar wurde das nicht ausgesprochen, weil auch die elsaf-lothringische demokratische Partei davor zurückschreckt, gegen Philistenvorurteil und politische Reaktion den Kampf für das volle Bürgerrecht der Frau aufzunehmen. Sie will den Frauen grädig gefallten, in ihren Reihen und für ihre Interessen mitarbeiten zu dürfen — „politische Zuziehung“ nennt sie das —, sie möchte aber nicht grundsätzlich und programmatisch gebunden sein, für das Frauenwahlrecht eintreten zu müssen. Im Lager der bürgerlichen Frauenrechtelei wird trotzdem Jubel über das Almosen an die Rechtsforderung sein.

Die Einführung des Frauenwahlrechts in Wisconsin (Vereinigte Staaten) ist von beiden gesetzgebenden Häusern mit großer Mehrheit beschlossen worden. Der Gouverneur des Staates hat seine Zustimmung zu dem Beschlusse gegeben, über den nun in

lehter Instanz eine Volksabstimmung entscheidet. Die Frauen schicken sich an, durch eine ausgedehnte rührige Agitation einen vollen Sieg zu erringen.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Die unentgeltliche Geburtshilfe in der Schweiz. In der Stadt Zürich wurde am 24. September durch Volksabstimmung die vorgeschlagene Verordnung über die unentgeltliche Geburtshilfe mit 11759 gegen 7102 Stimmen angenommen. Die wichtige Verordnung lautet: „Die Stadt Zürich leistet an die Kosten der Erweiterung der kantonalen Frauenklinik einen Beitrag von 440 000 Franken. Wöchnerinnen, die seit mindestens einem Jahre ununterbrochen in der Stadt niedergelassen sind und deren Familien vermögenslos und auf ein Einkommen von nicht mehr als 2000 Fr. angewiesen sind, haben Anspruch auf unentgeltliche Verpflegung in der kantonalen Frauenklinik oder auf Ersatz der Hebammenkosten in der Höhe der staatlichen Hebammengebühr, und bei pathologischen Geburten auch auf Ersatz der Arzt- und Arzneikosten. Ausnahmeweise können diese Leistungen, wo ein höheres Einkommen vorhanden ist, aber die wirtschaftliche Lage der Familie es rechtfertigt, ebenfalls gewährt werden.“

Ungleich länger als dieser Text ist die beigegebene Begründung zur Verordnung. Aus ihr erfährt man zunächst, daß bereits im Dezember 1905 von sozialdemokratischer Seite im Großen Stadtrat (Stadtverordnetenversammlung) ein Antrag zur Einführung unentgeltlicher Geburtshilfe gestellt und auch angenommen wurde. Es hat also sechs Jahre gedauert, bis die Forderung endlich Erfolg hatte. In der Begründung des erwähnten sozialdemokratischen Antrags war darauf hingewiesen worden, daß für zahlreiche Familien des städtischen Proletariats die Geburt eines Kindes ein folgenschweres Ereignis ist. Der Zustand der niederkommenen Mütter verursacht Störungen im Haushalt, denen oft nicht abgeholfen werden kann. Armeselig, oft geradezu elend sind die Verhältnisse, unter denen die Entbindung vor sich geht. Nicht selten fehlt es an den Mitteln, um der entkräfteten Mutter entsprechende Nahrung zu reichen. Von alledem und anderem noch abgesehen, sind viele Familien überhaupt nicht imstande, die Kosten einer Entbindung zu tragen. Häufig ist es nicht zu vermeiden, daß die Hebammengebühr durch die Heimatgemeinde bezahlt werden muß, und das kann unangenehme Folgen für die betreffende Familie haben. Deshalb sei es eine soziale Forderung, so erklärte der Antrag, daß die Kosten der Entbindung von der Gesamtheit — Staat und Gemeinde — übernommen würden, ohne daß diese Beihilfe als Armenunterstützung betrachtet werden dürfe. Die unentgeltliche Geburtshilfe sei von ebenso großer, wenn nicht noch von größerer Bedeutung als die unentgeltliche Beerdigung, die an vielen Orten eingeführt worden ist.

In der zur Annahme gelangten Vorlage ist diese Begründung als durchaus berechtigt anerkannt worden. Es wird in ihr des weiteren ausgeführt, daß sogar manche Familien mit einem sogenannten „schönen Verdienst“ des Vaters durch Entbindungen wirtschaftlich in große Verlegenheit kommen, namentlich wenn der Kinderlegen sich oft erneuert. Eine gute Geburtshilfe, die den Anforderungen der Gesundheitspflege entspricht und auch dem Armen zugänglich ist, gehört in der Tat zu den öffentlichen Wohlfahrts-einrichtungen, welche der Staat beziehungsweise die Gemeinden im Interesse der Allgemeinheit schaffen sollten. In diesem Sinne kann die Geburtshilfe gar wohl in Parallele gestellt werden mit anderen sozialen Institutionen und Maßnahmen, welche gewisse Lasten den einzelnen abnehmen und auf die Schultern der Gesamtheit legen, wie unentgeltlicher Unterricht in der Volksschule, Lernmittelfreiheit, unentgeltliche ärztliche Behandlung, unentgeltliche Bestattung, unentgeltlicher Arbeits- und Wohnungsnachweis und dergleichen.

Die Begründung der Vorlage durch den Stadtrat enthält auch eine Übersicht über die Orte der Schweiz und des Auslandes, wo die unentgeltliche Geburtshilfe bereits gewährt wird. Es gereicht der deutschen Sozialdemokratie zur Ehre, daß Offenbach a. M. als der Ort angeführt ist, wo dank unseren Genossen zuerst die unentgeltliche Geburtshilfe eingeführt wurde. Sie besteht in der Auszahlung von 15 M. aus der Stadtkasse zur Bestreitung der Hebammengebühr; der Beitrag darf nicht als Armenunterstützung betrachtet werden. In der Schweiz war es die kleine Gemeinde Gräfstall bei Winterthur, die zuerst die Gewährung von Wochenhilfe im Betrag von 25 Fr. an die Hebamme und weiteren 15 Fr. für eventuellen ärztlichen Beistand einführte. In Neuenburg zahlt die Stadtkasse 15 Fr. für jede Entbindung, wenn die Kosten nicht von anderer Seite gedeckt werden. Die Stadtkasse in Narau gewährt 25 Fr. für jede Geburt, wenn die Wöchnerin mindestens

ein Jahr in der Stadt wohnhaft ist. Im Jahre 1910 wurden für diesen Zweck 3000 Fr. ausgegeben. Die Stadt Zug unterhält eine kleine Gebäranstalt mit zwei Betten für arme Frauen, und außerdem zahlt sie die Hebammengebühr. Die bezügliche Jahresausgabe ist auf 3050 Fr. berechnet. Die kantonale Gebäranstalt in Lausanne nimmt jährlich etwa 400 Frauen aus unbemittelten Familien unentgeltlich auf, die Kosten werden vom Staate getragen. Im Kanton Tessin besteht ein Gesetz, nach dem die Gemeinden für die Kosten der Geburtshilfe aufkommen müssen. In der Stadt Zofingen wird die Hebammengebühr mit 25 Fr., bei Zwillingen mit 30 Fr. aus der städtischen Kasse bezahlt.

Das sind noch bescheidene Anfänge, aber immerhin Anfänge von grundsätzlicher Bedeutung, welche die praktische Durchführbarkeit der Forderung ohne den „finanziellen Ruin“ der Gemeinde oder des Staates erweisen. Die Stadt Zürich mit ihren 185 000 Einwohnern ist allerdings die größte Gemeinde, die sich zu der Neuerung entschlossen hat, und die dafür auch die größte Summe aufwenden will, eine einmalige Ausgabe von 440 000 Fr. — also nahezu eine halbe Million — und eine dauernde Jahresausgabe von fast 100 000 Fr. (92 580 Fr.). Angenommen sind 2000 Geburten in der Frauenklinik und 400 Hausgeburten.

Gegen den Gedanken der unentgeltlichen Geburtshilfe hatten sich schon im Großen Stadtrat Ärzte gewendet. Dieselben Ärzte waren es auch wieder, die im Hinblick auf die Entscheidung durch die Volksabstimmung die Opposition führten. Es war die kurzsichtige bürgerliche Erwerbzigler, die sie die vorgeschlagene neue Einrichtung bekämpfen ließ. Trotz einer zähen Gegnerschaft hat die Forderung der unentgeltlichen Geburtshilfe gesiegt. Die Demokraten und Liberalen sind zwar ebenfalls wie die Sozialdemokraten offiziell dafür eingetreten, nichtsdestoweniger aber sind die 7102 Reinsager so gut wie ausschließlich von den bürgerlichen Schichten gestellt worden. Auch die Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe durch die Stadt Zürich ist im letzten Ende eine Frucht der positiven Arbeit der Sozialdemokratie, die in der Schweiz wie überall im Vordertreffen steht, wenn es Reformen zugunsten der breiten werktätigen Volksmassen gilt. Z.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Keine Frau aus dem Volke zu der Mannheimer Volksschulkommission. In Nr. 24 des vorigen Jahrgangs der „Gleichheit“ wurde mitgeteilt, daß die bürgerlichen Gemeindevertreter in Rastatt (Baden) sich geweigert haben, einer Frau aus dem Volke, einen Sitz in der städtischen Volksschulkommission zu gewähren. In Mannheim liegen die Dinge ebenso. Unser dortiges Parteiorgan berichtete kürzlich über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung und führte dabei diejenigen Forderungen auf, welche unsere Vertreter im Stadtverordnetenkollegium nicht durchsetzen konnten. Zur Rubrik Schulwesen lesen wir da in der „Vollstimme“ folgendes: „Auscheidung der Geistlichen aus dem Schulverwaltungskörper und die direkte Wahl von Vertretern der Eltern in alle Instanzen der Schulverwaltung. Der Stadtrat muß solche Vertreter, und nach der Neuen Städteordnung unter ihnen auch Frauen, bestimmen. Allein was tat der Stadtrat? Er wählte unter anderen in die Kommission für die Volksschule eine Frau Professor und eine Frau Kommerzienrat! Eine Frau aus dem Arbeiterstand zu wählen, hielt er nicht für opportun. Jedenfalls ist er der Meinung, daß eine Frau Kommerzienrat besser als eine Arbeiterfrau imstande sei, zu beurteilen, wie es um die Kinder der armen Leute bestellt sei. Dieser Zustand ist ungesund, wie auch der Zustand unhaltbar ist, die Erziehung der noch nicht schulpflichtigen Kinder, soweit sie nicht durch die Eltern erfolgen kann, den Religionsgemeinchaften zu überlassen.“

Da sich solches in Mannheim begeben, dem Vorort der Sozialdemokratie in Baden, so darf nochmals an das Wort erinnert werden, mit dem Genosse Frank als Verteidiger der Budgetbewilligung in Magdeburg die Vorzüge seines badischen Heimatlandes feierte: „Wir haben durchgesehen, daß in den wichtigsten Kommissionen für das Armenwesen und das Schulwesen, in denen seit einigen Jahren Frauen tätig sein konnten, künftig Frauen Mitglieder sein müssen. Das ist immer ein Schritt vorwärts, der nicht zu verachten ist. . . Rosa Luxemburg braucht sich nur die Stadt auszusuchen, wo sie bei uns in die Schulkommission gewählt werden will.“ Genossin Luxemburg mühte heute mit der Diogeneslaternen die badische Stadt suchen, die einer sozialdemokratischen Frau einen Platz in der Schulkommission einräumen würde. mg.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Zunel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.